



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 6. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, den 15. Oktober 2014, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.600

Vorsitz: Willi Brase, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 5**

Fachgespräch zum Thema „Bürgerschaftliches
Engagement von Migrantinnen und Migranten/
interkulturelle Öffnung von bestehenden
Engagementstrukturen

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 20**

Verschiedenes



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 13 (UA Bürgerschaftliches Engagement)
Mittwoch, 15. Oktober 2014. 17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Pahlmann, Ingrid	Irlstorfer, Erich
Pantel, Sylvia	Koob, Markus
Patzelt, Martin	Schiewerling, Karl
Steiniger, Johannes	Steffel Dr., Frank
Stier, Dieter	Stefinger Dr., Wolfgang
Wellenreuther, Ingo	Strenz, Karin
Zollner, Gudrun	Wendt, Marian
SPD		SPD	
Bahr, Ulrike	Engelmeier, Michaela
Brase, Willi	Junge, Frank
Diaby Dr., Karamba	Rix, Sönke
Stadler, Svenja	Schlegel Dr., Dorothee
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Hein Dr., Rosemarie	Werner, Katrin
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Schulz-Asche, Kordula	Schauws, Ulle

Stand: 8. Oktober 2014

Referat ZT 4 - Zentrale Assistenzdienste - Luisenstr. 32-34 Tel.030227-32659 Fax: 030227-36339



04

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement" (13)

Mittwoch, 15. Oktober 2014. 17:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Katja Frenkel	CDU/CSU	
Franziska Gehrke	B50 / Grüne	
Stefan A.	CDU/CSU	
.....
.....
.....
.....



Mittwoch, 15. Oktober 2014. 17:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
ZfM	Follak, Iris	Referenti	J. Follak
DITFST	FERNER, Lino	PRin	Alles...
Integrationsbeauftragte	Jankeli-Dehnert, Gionca	Bekanntin	...
...	Schmittmann, C	PRin	...
...	Lempert	PRin/PRStin Ferner	J. C.

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
MARTFELD	Martfeld	BWD'm	SH



Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten/interkulturelle Öffnung von bestehenden Engagementstrukturen“

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 6. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Im Mittelpunkt der Sitzung stehe das Fachgespräch zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten/interkulturelle Öffnung von bestehenden Engagementstrukturen“. Hierzu habe man vier Sachverständige eingeladen: Frau Dr. Cornelia Schu vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Herrn Willi Hink vom Deutschen Fußball-Bund, Herrn Kenan Küçük vom Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband sowie die Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner. Da Frau Ferners Anwesenheit auch in der parallel stattfindenden Sitzung des Haushaltsausschusses notwendig sei, werde sie die Unterausschusssitzung früher verlassen müssen. Deshalb werde er ihr zunächst das Wort für ihren Beitrag erteilen. Zum Vortrag von Frau Dr. Schu liege den Mitgliedern eine schriftliche Präsentation vor (*Anlage 1*). Die von Herrn Hink mitgebrachte Präsentation werde dem Protokoll beigelegt (*Anlage 2*).

Parl. Staatssekretärin **Elke Ferner** (BMFSFJ) bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, als erste vorzutragen zu dürfen, da ihre Anwesenheit im Haushaltsausschuss zwingend erforderlich sei. Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten und auch die interkulturelle Öffnung von bestehenden Engagementstrukturen seien wichtig, weil die deutsche Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten „bunter“ geworden sei. Dies gelte nicht nur für die Generationenzusammensetzung, sondern auch für die Nationalitäten- und Herkunftszusammensetzung. Das Thema müsse daher breit aufgegriffen werden – angefangen vom Kultur- und Sportbereich bis hin zum Gesundheits- und Pflegebereich. Der Sport sei dabei sicherlich einer der Bereiche, wo Integration in den Vereinen mit am meisten gelebt werde und wo dies vielleicht auch am augenfälligsten sei. Aktuell erlebe man, dass viele Menschen aus verschiedensten Gründen und aus unterschiedlichen Regionen nach Deutschland kämen mit zum Teil

sehr schlimmen Flucht- und Vertreibungserfahrungen. Umso wichtiger seien eine Willkommenskultur und auch eine interkulturelle Öffnung von Staat und Gesellschaft.

Was verberge sich nun hinter dem Thema „Interkulturelle Öffnung“? Das Ziel interkultureller Öffnung sei, Menschen mit Migrationshintergrund die gleiche Teilhabe an allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen zu ermöglichen. Dabei sei ein gleichberechtigter Zugang zu Bildungseinrichtungen von herausragender Bedeutung. Aber wichtig sei auch, den Zugang zum öffentlichen Dienst, zu Betrieben, Vereinen und sozialen Diensten zu gewährleisten. Dazu sei es notwendig, sich zunächst einmal bewusst zu machen, welche etwaigen Zugangsbarrieren und Diskriminierungsmerkmale vorhanden seien.

Ein wesentliches Element der interkulturellen Öffnung sei die Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander über das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“. Dies habe zwei Dimensionen: Zum einen sei das bürgerschaftliche Engagement Motor und Indikator für Integration; zum anderen fördere es interkulturelle Lernprozesse und das Gemeinschaftsgefühl und sei für die zugewanderte Bevölkerung oft eine unersetzliche Form der Unterstützung. Man denke z. B. an die Flüchtlinge, die im Moment in Deutschland aufgenommen würden. Es gebe sehr viele Privatinitiativen sowie Engagement von Vereinen und Verbänden, die trotz der teilweise bedrückenden Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen helfen würden. In ihrem Wahlkreis sei vor zwei Monaten eine syrische Familie, die über ein Jahr auf der Flucht gewesen sei, mit quasi nichts in Saarbrücken eingetroffen. Sie habe ihre Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro daraufhin gebeten, dies über den E-Mail-Verteiler zu kommunizieren. Innerhalb von einem Tag hätten zahlreiche Menschen Sachen für die Erstausrüstung der Familie in ihr Wahlkreisbüro gebracht. Das Beispiel zeige, dass das Engagement und die Hilfsbereitschaft in der deutschen Gesellschaft für diejenigen, die neu hinzukämen, sehr groß seien.

Das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sei im 1. Engagementbericht untersucht worden. Es sei zwischen 1999 und



2009 leicht gestiegen und zwar von 20 auf 23 Prozent. Damit liege es unter dem Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung, was vielleicht auch damit zu erklären sei, dass diejenigen, die als Migrantinnen und Migranten nach Deutschland kämen, die hiesige Art des bürgerschaftlichen Engagements aus ihren Herkunftsländern so nicht kennen. Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte seien in der Nachbarschaftshilfe und in familiären Unterstützungsstrukturen aktiv, was vom Freiwilligen-survey nicht mit erfasst werde. Es könne gleichwohl als bürgerschaftliches Engagement verstanden werden. Auch die Wohlfahrtsverbände öffneten ihre Strukturen in allen Bereichen für Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus entstünden eigene Strukturen, die von Deutschen und Menschen mit ausländischem Hintergrund gemeinsam getragen würden. In ihrem Wahlkreis gebe es z. B. einen Jugendclub, in dem schon seit mehr als 20 Jahren Haupt- und Ehrenamtliche über Herkunftsgrenzen hinweg zusammenarbeiteten. Das Problem sei dabei eher die Finanzierung der Arbeit, da es sich um eine freiwillige kommunale Aufgabe handele.

Im Einladungsschreiben sei sie gebeten worden, auf die Förderrichtlinien einzugehen, wobei sie hier nur für das BMFSFJ sprechen könne. Die interkulturelle Öffnung sei in den Förderrichtlinien des Ministeriums als übergeordnetes Ziel in vielen Bereichen bereits enthalten. Im Kinder- und Jugendplan seien z. B. seit vielen Jahren zwei übergreifende Themen verankert: zum einen Gender und zum anderen Inklusion, was das Thema „interkulturelle Öffnung“ einschließe. Im Bundesaltenplan sei Interkulturalität zwar nicht explizit als Themenbereich genannt, aber natürlich könnten sich auch Migrantinnenorganisationen an Programmen beteiligen, was sie auch mit großem Erfolg täten. Nach den Richtlinien seien alle bundeszentralen seniorenpolitischen Maßnahmen, wozu auch die interkulturellen zählten, förderfähig und alle bundeszentralen Migrantinnenorganisationen könnten entsprechende Anträge stellen. In den Förderrichtlinien der Gleichstellungsabteilung sei festgehalten, dass die geförderten Maßnahmen das Ziel haben müssten, die Gleichstellung von Frau und Mann voranzubringen. Zudem hätten sie der Vielfalt der Lebenssituationen Rechnung zu tragen. Besonderer Aufmerksamkeit bedürften z. B. Schwangere, von Gewalt

betroffene Frauen, Frauen mit Migrationshintergrund, ältere Frauen und Frauen mit Behinderung. Auch hier werde also die Förderung von Migrantinnen als eigener Schwerpunkt explizit genannt. Im neuen ESF-Programm „Stark im Beruf. Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“ besage schon der Titel, dass Migrantinnenorganisationen als mögliche Projektträger und Kooperationspartner willkommen seien. Dies werde auch in der Bewertungsmatrix für das Interessenbekundungsverfahren berücksichtigt.

In den Förderrichtlinien zu den Jugendfreiwilligendiensten sei festgelegt, dass unter der Voraussetzung, dass ein besonderer Förderbedarf bei Jugendlichen vorliege, eine zusätzliche Förderung von maximal 100 Euro pro Monat und Teilnehmer gewährt werden könne. Dies könne auch bei einem Migrationshintergrund der Fall sein, wenn es um die Frage der Sprachkompetenz gehe oder wenn es soziale Eingewöhnungsschwierigkeiten gebe, die eine spezielle Unterstützung notwendig machten. Auch im Rahmen der Familienförderrichtlinien für bundeszentrale Träger werde ein breites Angebot an fachlicher Qualifizierung auch in der interkulturellen Bildung unterstützt. Migrantinnenorganisationen könnten dabei nach den Richtlinien beispielsweise im Rahmen von Modellprojekten gefördert werden. Dies gelte aktuell u. a. für das Projekt „Bildungs-Brücken: Aufstieg!“, ein Kooperationsprojekt von fünf Migrantenselbstorganisationen und der Otto Benecke Stiftung. Bei der Ausschreibung und Bekanntmachung von Programmen komme dem Thema ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. Gerade in großstädtischen Regionen werde auf die Einbeziehung von Menschen mit einer Einwanderungsbiografie sehr viel Wert gelegt. Auch im Rahmen des Programmbereichs „Zuhause im Alter“ gebe es einen interkulturellen Schwerpunkt mit Unterstützung für Kiez-Helfer und Mieterbeiräte sowie für die Schaffung von integrativen Wohn- und Begegnungsangeboten.

Abschließend wolle sie auf die Mehrgenerationenhäuser hinweisen, bei denen Integration und Bildung ein wichtiger Handlungsschwerpunkt sei. Neben dem interkulturellen Angebot seien dort – je nach örtlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten – auch geschlechtsspezifische und multilinguale Angebote vorhanden. Im Jahr 2010 habe das



BMFSFJ die Studie „Migrantinnenorganisationen in Deutschland“ in Auftrag gegeben, wo die interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft und ihrer Institutionen als eine zentrale Handlungsempfehlung genannt worden sei. Die Studie sei über die Homepage des Ministeriums abrufbar (www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen.html).

Das Ministerium wolle auch dazu beitragen die Potenziale zu bündeln und die Beteiligten zusammenzubringen und zu unterstützen. Denn es sei wichtig, dass die Kompetenzen und Erfahrungen derjenigen, die eine Einwanderungsbiografie hätten, mit in die Gesellschaft eingebunden würden. Dies sei in vielen Bereichen sicherlich schon der Fall, unterscheide sich aber noch einmal von Region zu Region. Dennoch sei ihr Eindruck, dass es sehr gute Projekte gebe, wo Interkulturalität gelebt werde und wo auch die Willkommenskultur gut sei. Dies gelte es, weiter zu verbreitern, damit in der multikulturell gewordenen Gesellschaft alle mit ihren jeweiligen Spezifika zum Zuge kommen könnten, ohne dass dem jeweils anderen etwas „übergestülpt“ werde. Sie freue sich im Namen ihres Hauses auf eine gute Zusammenarbeit und sei sich sicher, dass es entsprechende Anstrengungen zur interkulturellen Öffnung auch in anderen Bundesministerien gebe.

Der **Vorsitzende** dankt der Parlamentarischen Staatssekretärin für ihren Überblick und den Hinweis auf die anderen Häuser, den man möglicherweise noch einmal aufgreifen werde.

Frau **Dr. Cornelia Schu** (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) weist einleitend darauf hin, dass der Sachverständigenrat seit nunmehr fünfeinhalb Jahren bestehe. Er sei auf Initiative großer privater Stiftungen initiiert worden und werde von acht Stiftungen gefördert. Dem Sachverständigenrat gehörten neun Professorinnen und Professoren aus unterschiedlichen Disziplinen an, die einmal jährlich im April das sogenannte Jahresgutachten zu zentralen Themen der Integrations- und Migrationspolitik vorlegten. Außerdem habe man seit 2011 einen eigenständigen Forschungsbereich beim Sachverständigenrat, wo man gezielt zu einzelnen Fragen von Integration und Migration aus wissen-

schaftlicher Sicht Stellung nehme und projekt-basierte Studien durchführe.

Sie wolle zunächst auf einige Daten zum Thema „Bevölkerungsentwicklung“ eingehen. Es sei im Bericht von Frau Ferner schon angeklungen, dass sich die deutsche Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten stetig verändert habe. Dies verdeutliche ihre erste Folie zu den Zu- und Fortzügen. Lediglich in den Jahren 2008 und 2009 habe es einen negativen Wanderungssaldo gegeben, d. h., in diesen Jahren seien mehr Menschen aus Deutschland weggezogen als zugezogen. In den letzten fünf Jahren habe sich dieser Trend wieder umgekehrt. Im Jahr 2013 habe es einen positiven Wanderungssaldo von über 400.000 Menschen gegeben.

Aktuell wiesen im Durchschnitt 20 Prozent der Menschen in Deutschland – nach Definition des Statistischen Bundesamtes – einen Migrationshintergrund auf. Dabei sei die regionale Verteilung sehr unterschiedlich, wie man anhand der Folie exemplarisch für einige Städte erkennen könne. In den großen Metropolen, vor allem in Westdeutschland, werde der Durchschnittswert von 20 Prozent deutlich überschritten. In Ostdeutschland liege er dagegen mit Ausnahme Berlins mit 24 Prozent deutlich darunter. Diese unterschiedliche regionale Verteilung würde noch einmal verstärkt, wenn man auch noch Folien für den ländlichen Raum daneben legen würde. Schauen man sich den Anteil der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund nach Altersklassen an, ergebe sich ein interessanter Befund. Bei den über 95-Jährigen liege der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei nur knapp 5 Prozent. Bei den 65- bis 75-Jährigen betrage er im Durchschnitt schon mehr als 10 Prozent und bei den unter 5-Jährigen im Durchschnitt 35,5 Prozent, wobei dieser Wert in einzelnen Städten deutlich höher sei. In Berlin, Stuttgart und Frankfurt gebe es Schulklassen mit einem 90-prozentigen Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es auf Seiten der Unionsfraktion die Nachfrage gebe, wie Menschen mit Migrationshintergrund vom Statistischen Bundesamt definiert würden.



Frau **Dr. Cornelia Schu** (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) antwortet, das Statistische Bundesamt definiere Menschen mit Migrationshintergrund so, dass diese entweder selbst oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert seien. Schaut man auf die Länder, aus denen die Menschen zugewandert seien, könne man für das Jahr 1970 feststellen, dass relativ große Gruppen aus überschaubar vielen Herkunftsländern gekommen seien. Lege man die Zahlen für das Jahr 2011 daneben, ergebe sich ein deutlich verändertes Bild, wobei sie dazu sagen müsse, dass sich das Diagramm nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auf die ausländische Bevölkerung in Deutschland beziehe. Festzustellen sei, dass die Diversität innerhalb dieser Gruppe deutlich zugenommen habe. In der Wissenschaft sei dafür der Begriff „Superdiversität“ geprägt worden. Die gezeigten Folien verdeutlichen, dass die Vielfalt in Deutschland, was die Herkunft der Bevölkerung betreffe, eine Realität sei, die bei den Jüngeren noch deutlicher hervortrete als bei den Älteren. Deshalb sei das Thema „Integration“ von zentraler Bedeutung.

Was verstehe man nun unter Integration? Der Sachverständigenrat verstehe darunter die gleichberechtigte Teilhabe aller an zentralen gesellschaftlichen Bereichen. Insofern sei Integration etwas, was sich nicht exklusiv auf Menschen mit Migrationshintergrund beziehe, sondern andere Gruppen mit einschließe. Die nächste Übersicht illustriere, wie sich der Begriff „Integration“ von anderen Konzepten unterscheiden lasse. Im Konzept der Assimilation, das lange die Diskussion bestimmt habe, gehe es auch darum, Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, aber um den Preis und in der Erwartung, dass die Zugewanderten ihre eigene kulturelle Identität in einem längeren Prozess ablegten. Demgegenüber sei das Integrationsmodell dadurch charakterisiert, dass es sowohl die Teilhabe an der Gesamtgesellschaft als auch die kulturelle Identität der Herkunftscommunity einschließe.

Was habe dies nun mit interkultureller Öffnung zu tun? Vielfalt sei ein Befund und eine Sachlage, auf die interkulturelle Öffnung antworte. Interkulturelle Öffnung sei also eine institutionelle Strategie.

Definitionen gebe es viele, wobei sie eine zitieren wolle, die ihr plausibel erscheine: „Interkulturelle Öffnung wird verstanden als ein bewusst gestalteter Prozess, der selbstreflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht, wodurch Zugangsbarrieren und Abgrenzungsmechanismen in den zu öffnenden Organisationen abgebaut werden und Anerkennung ermöglicht wird.“ Nach diesem Verständnis sei interkulturelle Öffnung mehr als nur die Öffnung von Institutionen für Migranten und eine Erhöhung des Migrantenanteils. Vielmehr sei es ein Prozess, der die gesamte Institution erfassen und idealerweise die Personal- und Organisationsentwicklung sowie die Qualifizierung der Mitarbeiter einschließen sollte. Dieses Verständnis von interkultureller Öffnung habe sich in den vergangenen Jahren in Wissenschaft und weiten Teilen der Organisationen relativ einvernehmlich herausgebildet. Interkulturelle Öffnung sei also keineswegs trivial, sondern erfordere die Analyse bestehender Zugangsbarrieren, die es im Übrigen auf beiden Seiten geben könne. Es existierten Barrieren, die den Zugang für Migranten erschwerten, und es gebe Barrieren seitens derer, die schon da seien und die Aufnahme in die Organisationen erschwerten. Insofern handele es sich um einen Prozess, wo beide Seiten Berücksichtigung finden und adressiert werden müssten.

Was verstehe die Forschung unter Barrieren, die den Zugang von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erschweren könnten? Dazu zähle z. B. eine eigene Diskriminierungserfahrung. Wer einmal eine schlechte Erfahrung mit der Ausländerbehörde gemacht habe, werde eventuell davor zurückschrecken, sich noch einmal an sie zu wenden. Es gebe auch strukturelle Diskriminierungen und Sprachbarrieren. Ein großes Problem seien ferner fehlende Informationen. Denn man könne keinen Zugang finden, wenn man gar nicht wisse, dass eine Einrichtung bzw. Organisation Angebote offeriere. Darüber hinaus gebe es kulturelle Unterschiede in der Ansprache, z. B. bezüglich der Einladung zum Partizipieren. Weitere Barrieren könnten Stolz, Zurückhaltung und nicht zuletzt Ängste vor ausländerrechtlichen Folgen sein. Aber auch die Institutionen selbst müssten analysieren und prüfen, welche Barrieren bei ihnen vorhanden seien und wie sie diese beseiti-



gen könnten. Sei es z. B. sinnvoll, die Homepage zu verändern und ein mehrsprachiges Angebot zu unterbreiten, um neue Zielgruppen anzusprechen? Innerhalb der Organisationen müsse man beachten, dass es auch Vorurteile, Missverständnisse und stereotype Vorstellungen bei Menschen ohne Migrationshintergrund gebe. Auch Verunsicherung, Ängste und fehlende interkulturelle Kompetenz könnten eine Rolle spielen. Ferner könnten Überforderungsgefühle und das Beharren auf Routinen Gründe dafür sein, warum interkulturelle Öffnung schwer falle.

Die Ziele der interkulturellen Öffnung seien breit gefächert und inzwischen allgemein akzeptiert. Es gehe letztlich um das Einlösen des Gleichbehandlungs- und Gerechtigkeitspostulats des Grundgesetzes, um eine kritische Reflexion des Machtgefälles zwischen Organisation und Individuum und um die Etablierung einer interkulturellen Orientierung als Querschnittsaufgabe. Wichtig seien zudem die Abkehr von einem Defizitansatz hin zu einem Empowerment-Ansatz und die Steigerung von Effizienz und Effektivität durch interkulturelle Öffnung. Gerade das Beispiel Altenpflege zeige, wie wichtig der Abbau von Zugangsbarrieren, die Vermeidung von Ethnisierung und der Aufbau von interkultureller Kompetenz bei allen Mitarbeitern seien, um entsprechende Lern- und Veränderungsprozesse in Gang zu setzen.

Der Sachverständigenrat erhebe alle zwei Jahre innerhalb des Jahresgutachtens ein sogenanntes Integrationsbarometer. Dabei frage man nach der subjektiven Einschätzung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zu diversen Aspekten der Integration und nach dem Integrationsklima. Eine regelmäßige Frage sei dabei, ob die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen aus Sicht der Befragten hinreichend gegeben sei oder ob sich Einrichtungen mehr öffnen sollten. Exemplarisch wolle sie die Antwort auf die Frage herausgreifen, ob nach Ansicht der Befragten mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag vertreten sein sollten. Die Folie zeige, dass über 60 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund zustimmend geantwortet hätten, wobei die Zustimmung bei Menschen mit Migrationshintergrund verständlicherweise noch höher liege. Festzuhalten sei jedoch,

dass in beiden Gruppen die Zustimmung überwiege. Betrachte man die tatsächliche parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund, so stelle man fest, dass lediglich 5,6 Prozent der Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages einen Migrationshintergrund aufwiesen. Im vorherigen 17. Deutschen Bundestag seien es mit 3,4 Prozent aber deutlich weniger gewesen, sodass man von einer positiven Tendenz sprechen könne. Doch bei einem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil von 20 Prozent gebe es bei der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund im Parlament noch „Luft nach oben“.

Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten sei bisher noch nicht hinreichend erforscht. Die Freiwilligensurveys gäben aber Aufschluss darüber, wie von Frau Ferner bereits erwähnt, dass sich Personen mit Migrationshintergrund tendenziell weniger engagierten als Menschen ohne Migrationshintergrund. Bei Ersteren habe die Engagementquote beim 3. Freiwilligensurvey bei 23 Prozent gelegen, bei Letzteren habe sie 36 Prozent betragen. Dieser Unterschied löse sich allerdings auf, wenn man sich die Engagierten genauer anschau und dabei Faktoren wie Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Qualifikation und Einkommen berücksichtige. Dann zeige sich nämlich, dass sich die Engagementquoten deutlich angleichen. Außerdem engagierten sich Menschen, die schon in der zweiten Generation in Deutschland lebten, tendenziell mehr als die erste Zuwanderergeneration. Auch habe die Staatsbürgerschaft ebenso wie die Aufenthaltsdauer offenbar einen positiven Einfluss auf die Bereitschaft zum Engagement. Grundsätzlich sei zu konstatieren, dass es eine Lücke zwischen der Bereitschaft und dem tatsächlichen Engagement gebe. Hier gelte es anzusetzen, um vorhandene Potenziale zu erschließen. Es sei auch bereits erwähnt worden, dass das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten oft innerhalb von Migrantenorganisationen stattfinde. Deren genaue Zahl sei nicht bekannt, wobei Schätzungen von rund 10.000 bis 20.000 Migrantenorganisationen ausgingen. Diese könnten – nach der Definition von Professor Ludger Pries, der auch Mitglied des Sachverständigenrates sei – als Organisationen bezeichnet werden, „die in einem ganz erheblichen Ausmaß aus Migranten zusammengesetzt sind und die sich mit migrantenrele-



vanten Themen und Aufgaben beschäftigen“. Sie seien zudem meist herkunftshomogen.

Kontroverse Beurteilungen gebe es nach wie vor bezüglich der Frage, ob Migrantenorganisationen eher integrationshemmend oder eher integrationsfördernd seien. Es gebe jedoch deutliche Hinweise darauf, dass sie durchaus eine integrationsfördernde Funktion hätten, da sie Ressourcen mobilisierten und zu einem Gefühl von Teilhabe wesentlich beitragen. Dies werde mittlerweile auch von der Politik so gesehen, was sich daran zeige, dass Migrantenorganisationen zunehmend als Dialog- und Ansprechpartner anerkannt würden. Es gebe insofern ein klares Potenzial bei der Einbindung dieser Organisationen in die bestehenden Strukturen. Ein Beispiel hierfür sei der in diesem Jahr von elf Migrantenorganisationen gemeinsam gegründete Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege. Es bleibe abzuwarten, wann dieses Projekt Fahrt aufnehme.

Herr **Willi Hink** (Deutscher Fußball-Bund) bedankt sich zunächst für die Einladung. In seinem Beitrag, den er mit dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement und Integration beim DFB“ überschrieben habe, werde er zunächst auf das Thema „Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung“ eingehen. Danach werde er das Thema „Integrationsförderung“ behandeln und abschließend das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten beleuchten.

In der Satzung des DFB gebe es einen Schlüsselparagraphen, der „Zweck und Aufgabe“ des Verbandes festlege und dabei vier Dimensionen definiere. Es gehe erstens darum, das Kerngeschäft, d. h. das Fußballangebot, mit möglichst hoher Qualität zu organisieren. Dies solle zweitens mit einer klaren Werteorientierung geschehen, wobei Fairness, Respekt und Diskriminierungsfreiheit von besonderer Bedeutung seien. Drittens wolle man die Gesellschaft unterstützen, sodass im Sinne einer win-win-Situation sowohl ein Nutzen für die Gesellschaft als auch für den organisierten Fußball entstehe. Ein Beispiel hierfür sei das Thema „Fußball in der Schule“, das eigentlich Aufgabe der Schulbehörden sei. Der DFB fördere es aber durch Lehrer-Kurse und durch AG-Unterstüt-

zung, nicht zuletzt weil es auch eine Chance sei, junge Menschen für ein anschließendes Engagement im Verein zu motivieren. Viertens sei dem DFB das Thema „Wohltätigkeit“ wichtig, das er in erster Linie über seine Stiftungen fördere. Derzeit gebe es noch ein doppeltes Berichtswesen beim DFB mit dem Rechenschaftsbericht einerseits und dem Nachhaltigkeitsbericht andererseits. Man arbeite daran, spätestens zum Bundestag 2019 einen gemeinsamen Bericht vorzulegen, in der Hoffnung, dass dann jedem Repräsentanten des Fußballs klar sei, dass das eine ohne das andere nicht gehe. Zu den Aufgaben seines Tätigkeitsbereiches gehöre es, deutlich zu machen, dass der DFB an vielen Stellen Beiträge für die Gesellschaft leiste, dass man dies aber bewusst tun müsse und dabei die richtige Qualität anzustreben habe.

Die nächste Folie mit den drei Zahlen 0,1 Prozent, 4,9 Prozent und 95 Prozent sei ein kleines Zahlenrätsel, das er seinen Zuhörern gerne stelle. Die Lösung laute, dass nur 0,1 Prozent des organisierten Fußballs tatsächlich auf der Bundesebene stattfinde, wo der DFB direkte Einflussmöglichkeiten habe, ca. 5 Prozent finde im Bereich der Landesverbände, aber die deutliche Mehrheit von 95 Prozent finde im Bereich des Amateurfußballs auf der Kreisebene statt. Der DFB selbst habe nur 27 Mitglieder, nämlich den Ligaverband sowie, 5 Regional- und 21 Landesverbände. Zu den Mitgliedern der Landesverbände zählten die Kreisverbände und Vereine, wobei die Kreise teils rechtlich selbstständige, teils unselbstständige Unterorganisationen seien. Was er damit verdeutlichen wolle, sei, dass es kein Durchgriffsrecht des DFB bis zur unteren Ebene gebe, sondern dass man letztlich nur durch Information, Qualifizierung und Überzeugungsarbeit wirken könne.

Das Thema „Integrationsförderung“ bearbeite der DFB seit 2006 strategisch. Die damalige Staatsministerin für Integration, Frau Dr. Böhmer, habe den damaligen DFB-Präsidenten als Partner dafür gewinnen können, sich bewusster mit dem Thema „Integrationsförderung“ zu beschäftigen. Der DFB habe verschiedene Integrationsprojekte, die er auf der nächsten Folie aufgeführt habe. Er wolle kurz auf das Konzept „Soziale Integration von Mädchen durch Fußball“ eingehen. Hierbei gehe es zunächst darum, Fußballmöglichkeiten für Mädchen in



Grundschulen in sozialen Brennpunkten zu schaffen. Die zweite Funktion des Konzeptes bestehe darin, dass diese Fußballangebote für Mädchen durch junge Migrantinnen aus der Mittel- oder Oberstufe begleitet würden. Dahinter stehe die Idee des Vereinhelfers, die der frühen Ehrenamtsgewinnung von Mädchen diene und die der eine oder andere vielleicht auch aus anderen Sportarten, vor allem vom Turnen, kenne.

Ein weiteres Beispiel sei der Integrationspreis von DFB und Mercedes Benz. Ausgezeichnet würden dabei jeweils 3 Preisträger aus den Bereichen Vereine, Schulen und sonstige Initiativen, mit denen man einen eintägigen Workshop durchführe, um herauszufinden, warum sie in ihrem lokalen Bereich erfolgreich und was ihre Motive seien. Einen Aspekt, den man dabei durchgehend identifiziert habe, sei die Bedeutung von lokalen Netzwerken für eine gelingende Integration vor Ort. Dabei sei die Frage, wer dieses Netzwerk eigentlich führen bzw. antreiben müsse. Dies sollten – so das Ergebnis – idealerweise eigentlich die Kommunen sein, die dann wiederum Vereine und Gruppen einladen müssten, sich an dem Netzwerk zu beteiligen und nicht umgekehrt.

Den als nächstes Beispiel aufgeführten TV-Spot „Eltern der Nationalspieler“ hätten wahrscheinlich die meisten vor Augen. Er sei – statistisch betrachtet – von 320 Millionen Menschen gesehen worden, vor allem vermutlich von Fußballanhängern im Vorfeld der Länderspiele.

Eine weitere wichtige Maßnahme sei die Änderung der DFB-Ausbildungsordnung und das Konzept „Junior Coach“. Es beinhalte eine Projektwoche für Schülerinnen und Schüler, die als Einstieg in die lizenzierte Trainer-C-Breitenfußball-Ausbildung diene und mit einem Zertifikat abgeschlossen werde. Schülerinnen und Schüler, die an der Junior Couch-Ausbildung teilnahmen, hätten die erste von drei Stufen der DFB-C-Lizenz-Trainer erreicht. Zusätzlich würden ihnen dabei Inhalte von zehn Stunden für die Leitung von Fußball-AGs an Schulen vermittelt. Die Idee hinter dem Junior Coach-Konzept sei, dass die Schülerinnen und Schüler in dieser Projektwoche nicht nur den Trainerschein machten, sondern dass sie sich auch

für die Leitung von Fußball-AGs an den Schulen zur Verfügung stellten. Das Junior Coach-Konzept gehe damit über das sehr viel niedrigschwelliger ansetzende Konzept „Sozialintegration von Mädchen durch Fußball“ hinaus, weil es sowohl vom Umfang als auch von den Anforderungen her anspruchsvoller sei und auf einen formalisierten Abschluss abziele.

Dem DFB sei bewusst, dass Fußball nicht auf der Bundesebene, sondern in den Vereinsmannschaften vor Ort gespielt werde. Allerdings benötigten diese dafür Anleitung. Die Herausforderung für den DFB sei es, die 165.000 Trainer auf einem möglichst hohen Qualifizierungsstand zu halten. Die Realität sei jedoch, dass die Hälfte der aktiven Trainer keinen Qualifizierungsabschluss beim DFB erworben habe. Dies habe zum einen etwas mit der hohen Fluktuation zu tun, zum anderen sei es eine besondere Herausforderung, diese Gruppe durch niedrigschwellige Angebote zu erreichen. Hierfür habe man das Konzept „DFB-Mobil“ entwickelt, bei dem seit nunmehr fünf Jahren jeder Verein in Deutschland besucht werde. Dabei finde ein Probetraining im Verein statt, bei dem vermittelt werde, wie ein gutes Jugendtraining heute aussehen sollte. Unter Mitwirkung der Vereinstrainer werde dabei aufgezeigt, wie man Trainer werden könne. Als nächste Stufe habe man fünf- bis sechstündige Kurzschulungen zu verschiedenen Fragestellungen des Kinder- und Jugendtrainings entwickelt. Dies werde mit der Empfehlung verbunden, wenn man an einem DFB-Mobil-Besuch teilgenommen habe, möglichst rasch einen Kreisübungsleiter in den Verein einzuladen, der eine Kurzschulung für den Einstieg in die dreistufige Trainer-C-Lizenz Breitenfußball durchführe. Das Angebot richte sich an alle Interessierten, wobei der DFB bei seinen Aktivitäten für das Ehrenamt nicht nach Angeboten für Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund unterscheide.

Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen sei als Wissensfrage auch für den DFB eine besondere Herausforderung. Frau Dr. Schu habe bereits darauf hingewiesen, dass es hierzu wenig Material gebe. Der DFB beteilige sich deshalb auch an der institutionellen Förderung des Berliner Instituts für Migrationsforschung, was ungewöhnlich sei, da der DFB normalerweise nur Forschungsprojekte



in Auftrag gebe. Im letzten Jahr habe der DFB die große Image-Kampagne für den Amateurfußball „Sein Pass spielt keine Rolle. Seine Pässe schon.“ gestartet, für die man viele Preise erhalten habe. In seiner knapp 30-jährigen Tätigkeit für den DFB habe er zunächst die Themen „Internationaler Vereinswechsel“ und „Spielberechtigung“ bearbeitet. Dabei sei die Frage, ob jemand Deutscher oder Ausländer sei, nie gestellt worden, sondern es sei immer nur um die Frage gegangen, ob jemand für einen Verein spielberechtigt sei oder nicht. Denn die FIFA-Grundregel, die jeder organisierte Fußballer kenne, laute, dass man nur für *einen* Verein eine Spielberechtigung haben könne, um Konflikte und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Die nächste Folie zeige einige Ergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten aus dem Sportentwicklungsbericht 2007/2008. Dies sei die letzte Erhebung, die es zu diesem Thema gegeben habe. Die darin enthaltenen Daten kämen so zustande, dass in der Regel der Vereinsvorsitzende bzw. ein Beauftragter des Vereinsvorsitzenden gebeten werde, einen Fragebogen auszufüllen. Allerdings werde in den Vereinen meist nur danach unterschieden, ob jemand Deutscher oder Ausländer sei, weil dies für internationale Vereinswechsel relevant sei, aber nicht danach, ob die Eltern aus dem Ausland zugezogen seien und daher ein sogenannter Migrationshintergrund vorhanden sei. Insofern handele es sich nicht um valide Daten, sondern um Trendmeldungen. Diese besagten, dass das ehrenamtliche Engagement in reinen Fußballvereinen deutlich höher sei als in Mehrspartenvereinen und Vereinen ohne Fußball. Als Grund hierfür werde vermutet, dass sich in diesen Zahlen die Vorstände der monoethnischen Vereine niederschlugen.

Hinsichtlich der interkulturellen Öffnung von Fußballvereinen gebe es fünf Zielgruppen. Bei der Zielgruppe „Spieler“ habe man überhaupt kein Problem. Im Gegenteil: hier sei der Anteil von Jungen mit Migrationshintergrund sogar höher als der ohne Migrationshintergrund. Anders liege der Fall dagegen bei den Spielerinnen mit Migrationshintergrund. Allerdings verbessere sich hier die Situation. Bei Trainern und Schiedsrichtern sei die Situation besser als in anderen Sportarten, mögli-

cherweise auch ein wenig dadurch bedingt, dass es sich bei diesen beiden Gruppen um kein reines ehrenamtliches Engagement handele. Üblich sei vielmehr eine Bezahlung, was gerade im Schiedsrichterbereich in unteren Klassen ein Motiv sei. Im Vereinsmanagement sei der Anteil der Migrantinnen und Migranten sehr gering. Es gebe eine klassische Aufgabenteilung zwischen den Sportfachverbänden wie dem DFB, die sich um die sportlichen Belange kümmerten, und den Sportbünden, die sich mit übergreifenden Themen befassten, wozu auch das Unterbreiten von Angeboten für das Vereinsmanagement gehöre. Beim Amateurfußballkongress 2012, bei dem die Bundes-, Landes-, Kreis- und Vereinsebene in gleicher Anzahl vertreten gewesen sei, habe der DFB von der Vereinsebene den klaren Auftrag bekommen, Informations- und Qualifizierungsangebote für wichtige Sport- oder Vereinsmanagementaufgaben zu entwickeln, da eine gewisse Unzufriedenheit mit den Angeboten der Landessportbünde bestanden habe. Seit Herbst 2013 gebe es einen Fußballentwicklungsplan, den Masterplan Amateurfußballentwicklung, wobei man auch hier wie so oft mit einer Aktivierungszeit rechnen müsse. Dabei werde anhand von Kennzahlen geprüft, ob die Maßnahmen, die man sich vorgenommen habe, tatsächlich von allen 21 Verbänden – und wenn ja, in welcher Quantität – umgesetzt würden. Das habe nicht allen Verbandspräsidenten gefallen, aber am Ende hätten sich doch alle darauf eingelassen, weil sie erkannt hätten, dass es für die Steuerung im eigenen Verband Vorteile mit sich bringe. Allerdings stehe man noch am Anfang der Entwicklung. Inzwischen gebe es für im Vereinsmanagement tätige Menschen auf www.dfb.de und www.fussball.de umfangreiche Informationsangebote mit Lösungen für viele Fragen. Man wisse aber aus Umfragen, dass die Hälfte der aktiven Trainer nicht gewusst habe, dass es Qualifizierungsangebote gebe. Daher habe man vor fünf Jahren das DFB-Mobil entwickelt.

Ein Ergebnis des Sportentwicklungsberichts sei, dass die Fußballvereine grundsätzlich ein Problem bei der Gewinnung von Mitarbeitern hätten. Schon von daher habe man genauso wie im Bereich Spielergewinnung keine Berührungspunkte mit Migrantinnen und Migranten im Bereich Vereinsmanagement. Vielmehr seien die Vereine froh über jeden, der sich beteiligen wolle. Während die Mit-



wirkung als Trainer relativ leicht sei, weil jeder, der lange Fußball gespielt habe, eine Vorstellung davon habe, was für die Rolle als Trainer wichtig sei, sei dies beim Thema „Vereinsmanagement“ nicht der Fall. Das gelte sowohl für Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund, wenngleich für Erstere vielleicht noch ein wenig mehr. Hinzu komme, dass es hinsichtlich der Übernahme von Managementaufgaben in Vereinen gewisse Qualitätserwartungen seitens der Vereinsmitglieder gebe. Auch das halte den einen oder anderen von einem Engagement ab. Deshalb versuche der DFB umso mehr, durch Qualifizierungs- und Beratungsangebote zu helfen, wobei man bisher kein besonderes Angebot für die Zielgruppe „Migranten“ etabliert habe. Ob dies notwendig sei, müsse diskutiert werden. Dabei könne vielleicht auch eine Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenrat sinnvoll sein.

Herr **Kenan Küçük** (Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband) bedankt sich zunächst für die Einladung, über die er sich sehr gefreut habe, da oft nur über Migrantinnen und Migranten und nicht mit ihnen geredet werde. Wenn diese nun mit am Tisch säßen und auch mitdiskutierten, sei dies aus seiner Sicht ein Zeichen dafür, dass man auf einem guten Weg sei, auch wenn noch nicht alle Ziele erreicht seien. Beim Thema „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten“ habe sich in letzten Jahren einiges getan. Er selbst sei in vier verschiedenen Gremien des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes engagiert und sei Mitglied in einer großen Volkspartei und in zwei Migrantenorganisationen.

Ein wichtiger Aspekt beim Thema „Interkulturelle Öffnung“ sei, zu verstehen und verstanden zu werden. In seiner Herkunftskultur sei es z. B. unüblich, wenn man als Gast irgendwo eingeladen sei, dass man sein Getränk selbst bezahlen müsse. Da er seit 1997 in Deutschland lebe, habe er dafür Verständnis. Das Beispiel zeige, dass zur interkulturellen Öffnung auch das gegenseitige verstehen wollen gehöre, was auch bedeute, die Spielregeln gut zu beherrschen.

Das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen sei 2007 mit dem Ziel gegründet

worden, eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Integrationspolitik zu erreichen. Das Forum sei ein bundesweiter multi-ethnisch und interkulturell aufgestellter Zusammenschluss von über 180 Migrantenorganisationen, die in verschiedenen Landesverbänden des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Mitglied seien. Auf Initiative des Forums habe der Paritätische Gesamtverband zwischen 2009 und 2011 das Projekt „Förderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene“ durchgeführt. Als Ergebnis des Projektes sei eine Reihe von Empfehlungen für die strukturelle Förderung von bundesweit tätigen Migrantenorganisationen entstanden. Auf dieser Grundlage fördere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit zehn Migrantenorganisationen. Im Projekt habe man sich u. a. mit der Frage nach den bestehenden Hindernissen und Herausforderungen befasst, die Migrantorganisationen von der Teilnahme von Förderprogrammen der Länder und des Bundes abhielten. Migrantorganisationen seien sehr heterogen. Es existierten kleine auf ehrenamtlicher Basis geführte Organisationen und große Vereine mit hauptamtlichen Strukturen. Er arbeite als Geschäftsführer einer Migrantenorganisation im westlichen Westfalen. Die Einrichtung habe 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus 18 verschiedenen Ländern stammten. Dies sei ein Beispiel für einen multikulturellen Zusammenschluss und eine gut funktionierende Interkulturalität.

Migrantorganisationen seien in beinahe allen Bereichen der sozialen Arbeit tätig und mobilisierten ein enormes Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement, welches nicht immer, aber zunehmend anerkannt werde. Sie seien zudem ein politisches Sprachrohr ihrer Mitglieder und ermöglichten die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten, vor allem von jenen, die sich nicht an den institutionellen Strukturen der Demokratie beteiligen dürften. Die Arbeit der Migrantorganisationen werde heute wertgeschätzt, was sich in der Beteiligung dieser Organisationen an den Förderprogrammen des Bundes im Integrationsbereich widerspiegeln. Es bestünden aber immer noch Defizite hinsichtlich der Teilnahme an Förderprogrammen, die nicht in erster Linie um das Thema „Integration“ kreisten.



Aufgrund der späten Einbindung der Migrantenorganisationen in die soziale Arbeit verfügten viele kleine Organisationen nicht über die Strukturen und Kenntnisse, um an Förderprogrammen zu partizipieren. Sie könnten Anträge oft nicht effizient stellen oder sie bekämen die Informationen über die Fördermöglichkeiten des Bundes nicht. Sie seien häufig auch nicht in die institutionellen Netzwerke vor Ort eingebunden und ihnen werde oft mit Misstrauen begegnet, was umgekehrt aber auch der Fall sei. Sie seien zudem mit der Vielzahl von Anfragen und Terminen überfordert und würden von vielen Akteuren oft als reine „Türöffner“ für bestimmte Zielgruppen wahrgenommen. Außerdem fehle es im Bereich der sozialen Arbeit an einem institutionalisierten Pluralismus und an einer langfristigen strategischen Zusammenarbeit. Manchmal scheitere die Beteiligung auch daran, dass keine eigenen Mittel vorhanden seien, da viele Organisationen keine Rücklagen gebildet hätten und die Anrechnung von ehrenamtlichem Engagement als Eigenmittel nicht in allen Förderprogrammen zulässig sei. Langfristiges Ziel müsse es sein, dass Migrantenorganisationen genauso wie alle anderen Organisationen und Vereine an den bestehenden Förderprogrammen partizipieren könnten. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Politik die Förderstrukturen noch stärker für Migrantenorganisationen öffnen:

1. Migrantenorganisationen sollten als Zielgruppe in der Förderung ausdrücklich benannt werden. In den 80 Förderprogrammen des Bundes für Vereine und Verbände, die auf der Bundesförderdatenbank zu finden seien, würden Migrantenorganisationen nur in *einem* Förderprogramm explizit benannt. Er sei darüber hinaus notwendig, die Förderrichtlinien zu ändern, um die Beteiligung von Migrantenorganisationen zu ermöglichen. Er wolle ein Beispiel nennen: Für eine Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes müssten Migrantenselbstorganisationen auch Landesverbände in den neuen Bundesländern haben. Die Organisationen seien aber meistens über die ethnische Zugehörigkeit gebildet und nicht in allen Bundesländern vertreten. Daher sei es notwendig, die Förderrichtlinien des Kinder- und Jugendplanes zu verändern.
2. Der Bund sollte Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantenorganisationen auf lokaler Ebene mitfinanzieren. Diese Maßnahmen ermöglichten es

den Organisationen, die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erlangen, um an den Förderprogrammen teilzunehmen. Hierzu gebe es bundesweit bereits zahlreiche Beispiele.

3. Die Erfahrungen zeigten, dass Migrantenorganisationen nach der Qualifizierung eine zusätzliche Begleitung brauchten. Diese sollte durch Servicestellen vor Ort erfolgen, in denen die Organisationen Hilfe bei der Beantragung von Fördergeldern und bei der Abrechnung von Projekten bekämen. Der Bund könnte sich an den Kosten für die Einrichtung solcher Servicestellen beteiligen. Voraussetzung sollte aber auch sein, dass diese Stellen von in diesem Bereich langjährig erfahrenen Trägern mit entsprechenden Kontakten vor Ort betrieben würden.

4. Es sei notwendig, die interkulturelle Öffnung von Institutionen voranzutreiben. Einige Migrantenorganisationen, die selbst einen Prozess der interkulturellen Öffnung durchlaufen hätten, könnten sich hierfür als Partner anbieten. Die Wahrnehmung von Migrantenorganisationen habe in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Sie seien aus Politik und Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, da sie Interessen und Potenziale bündelten, die die Gesellschaft brauche. Eine wichtige Aufgabe sei es, das Engagement von Migrantinnen und Migranten zu würdigen und für sie und ihre Organisationen einen Weg der Förderung ihrer Aktivitäten zu finden. Dabei müsse man darauf achten, dass Migrantinnen und Migranten nicht nur dann angesprochen werden wollten, wenn in bestimmten Organisationen – z. B. der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Technischem Hilfswerk – der Nachwuchs fehle. Eine solche Vorgehensweise könne nicht funktionieren. Vielmehr müssten Migrantinnen und Migranten von vornherein als Zielgruppe mitberücksichtigt werden. Wenn dies gelinge und Migrantinnen und Migranten nicht mehr als „Exoten“ angesehen würden, werde man die heute diskutierten Ziele in Zukunft auch erreichen.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre Eingangsstatements. Die Fragerunde eröffne der Abgeordnete Dr. Karamba Diaby.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) hebt hervor, dass die einführenden Beiträge gezeigt hätten, dass bei dem Thema Handlungsbedarf bestehe. Er habe drei



Fragen an die Sachverständigen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Hink. Dass der DFB bei dem Thema sehr aktiv sei, sei bekannt und sehr begrüßenswert. Wenn die interkulturelle Öffnung, so wie sie im deutschen Fußball Realität sei, auch in der Verwaltung des öffentlichen Dienstes praktiziert würde, hätte man dieses Thema heute hier nicht behandeln müssen. Vielleicht könne die Politik insofern – ein wenig sarkastisch angemerkt – auch noch etwas von der Nationalmannschaft lernen. Herr Hink habe das Projekt „Sein Pass spielt keine Rolle. Seine Pässe schon.“ erwähnt. Leider habe vor kurzem ein Fall beim SV Niederwörresbach mediale Aufmerksamkeit erregt, wo ein Flüchtlingskind keinen Spielerpass bekommen habe. Ihn interessiere, ob Herr Hink einen Überblick darüber habe, wie der Umgang von Menschen mit bestimmten Aufenthaltstiteln, wie z. B. Flüchtlingen, vor Ort generell sei. Seine zweite Frage richte sich an Herrn Kücük und beziehe sich auf die bisherigen Erfahrungen mit dem angesprochenen Programm zur Förderung von Migrantenorganisationen. Seine dritte Frage wolle er an Frau Dr. Schu richten. Diese habe erwähnt, dass sich laut Freiwilligensurvey 23 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund und 36 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund bürgerschaftlich engagierten. Ihn interessiere, ob Aktivitäten in Migrantenorganisationen oder Moscheevereinen überhaupt vom Freiwilligensurvey erfasst würden und wo es mögliche Lücken bei der Erforschung des bürgerschaftlichen Engagements von Zugewanderten gebe.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, sie habe ebenfalls drei Fragen an die Sachverständigen. Auf einer Folie von Frau Dr. Schu seien die Spätaussiedler als Gruppe genannt worden. Diese seien lange Zeit gar nicht als Gruppe mit Migrationshintergrund erfasst worden, weil sie im Besitz eines deutschen Passes seien. Ihre Frage sei, wie es um die Integrationssituation dieser Gruppe, die immer ein wenig vergessen werde, bestellt sei. Der Freiwilligensurvey habe nicht nur Unterschiede bei der Engagementquote zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sondern auch zwischen den Geschlechtern festgestellt. Auch die Art der Betätigung differiere. Ihre Frage an Herrn Hink sei, ob Mädchen in bestimmten Sportarten über- bzw. unterrepräsentiert seien.

Im Freiwilligensurvey sei zudem ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem freiwilligen Engagement konstatiert worden. Ihre Frage an Frau Dr. Schu sei, ob die geringere Engagementquote von Migrantinnen und Migranten auch damit zusammenhängen könne, dass sie in der Gruppe der sozial Schwächeren überrepräsentiert seien.

Abg. **Johannes Steiniger** (CDU/CSU) erklärt, Frau Dr. Schu habe in ihrer Präsentation auf die bestehende Lücke zwischen der hohen Bereitschaft und dem tatsächlichen Engagement hingewiesen und habe bei der Aktivierung eine besondere öffentliche Unterstützung angemahnt. Er bitte Frau Dr. Schu, diese Empfehlung ein wenig zu konkretisieren. Herr Hink habe deutlich dargelegt, dass der Sport für die Integration eine große Rolle spiele und dass der DFB sehr viel im Bereich Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Trainer mache, insbesondere was die C-Lizenz-Trainer angehe. Ihn interessiere, was der DFB tue, um Migrantinnen und Migranten als Jugendtrainer zu gewinnen. Aus seiner Sicht könne man Menschen am besten über persönliche Ansprache für bürgerschaftliches Engagement gewinnen. So habe er es als Jugendtrainer gemacht und habe z. B. den von ihm trainierten türkischen Jugendspieler aus der A-Jugend angesprochen und gefragt, ob er nicht Co-Trainer der C-Jugend werden wolle. Dies habe immer gut funktioniert. Gleichwohl bitte er um Auskunft, welche sonstigen konkreten Maßnahmen es von Seiten des DFB gebe.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) betont, dass Herr Kücük sehr nachdrücklich und nachvollziehbar beschrieben habe, wie schwer es für Migrantenorganisationen sei, Fördermittel zu erhalten. Sie würde gerne wissen, ob das Angebot einheimischer Vereine und Organisationen überhaupt für Migrantinnen und Migranten interessant sei und ob es notwendig sei, die Verantwortlichen in den Organisationen besser zu schulen, damit sie die Interessenlagen von Migrantinnen und Migranten stärker berücksichtigten.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) erklärt, Herr Kücük habe darauf hingewiesen, dass sich Migrantinnen und Migranten wünschten, sich in



allen Bereichen der Gesellschaft engagieren zu können. Andererseits gebe es auch den Wunsch nach einem Engagement innerhalb der eigenen Community, um die eigenen Positionen zu festigen, sich zu helfen usw., was ja auch legitim sei. Sie interessiere, wie groß nach seiner Einschätzung diese beiden Gruppen seien. Frau Dr. Schu habe auf die große Vielfalt der Herkunftsländer hingewiesen. Sie würde gerne wissen, inwiefern dies Unterschiede in der Bereitschaft und in der Fähigkeit zum Engagement bedinge.

Abg. **Gudrun Zollner** (CDU/CSU) fragt, wie die Zahlen zur parlamentarischen Repräsentation in der 17. und 18. Wahlperiode zustande gekommen seien. Bei der CSU sei aufgeführt, dass nur ein Abgeordneter einen Migrationshintergrund habe, obwohl sie wisse, dass es mindestens zwei Abgeordnete seien. Außerdem bitte sie das Ministerium, da die Parlamentarische Staatssekretärin nicht mehr anwesend sei und der DOSB nicht zur Sitzung eingeladen gewesen sei, ihr im Nachgang nähere Informationen zur sportbezogenen Sonderauswertung des Freiwilligensurveys zukommen zu lassen, die das BMFSFJ gefördert habe.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Frau Scheithauer in Vertretung von Frau Ferner dazu später noch etwas sagen könne. Das Vorschlagsrecht für den Vertreter des Sportbereiches habe im Übrigen bei der CDU/CSU-Fraktion gelegen. Den DOSB könne man sicher bei anderer Gelegenheit noch einmal einbinden.

Herr **Willi Hink** (Deutscher Fußball-Bund) weist darauf hin, dass er bereits erwähnt habe, dass bei der Rekrutierung von Spielerinnen und Spielern nicht nach der Herkunft, sondern nur nach dem Können gefragt werde. Die Herausforderung für die Organisationen bestehe darin, eine solche Öffnung auch für andere Bereiche hinzubekommen. Der Abgeordnete Dr. Diaby habe nach den Medienberichten über ein Flüchtlingskind gefragt, dem der Spielerpass verweigert worden sei. Er wolle betonen, dass es sich dabei um einen Einzelfall handele, der sich relativ schnell als individuelles Fehlverhalten bzw. als Missverständnis aufgeklärt habe. Es sei darum gegangen, dass der Leiter einer Flüchtlingseinrichtung, der stellvertretend für die

nichtvorhandenen Eltern einen Aufnahmeantrag hätte unterschreiben sollen, dies nicht getan habe. Der Vorfall sei dann aber geklärt und eine Spielberechtigung erteilt worden. Die grundsätzliche Frage, die man vorhin im Sportausschuss breiter diskutiert habe, sei, was Sportorganisationen für Flüchtlingskinder tun könnten. Im Fußball gebe es die Erwartungshaltung, dass solche Kinder sofort an Wettbewerben teilnehmen können müssten. Gerade wenn sie schon Fußballerfahrung hätten, sei dies auch naheliegend und verständlich. Allerdings sei man dabei auch internationalen Regelungen unterworfen, die besagten, dass Kinder bis zum 12. Lebensjahr, wenn andere Voraussetzungen geklärt seien, sofort eine Spielberechtigung erlangen könnten und Kinder zwischen dem 13. und 18. Lebensjahr erst nach einer vorherigen Abfrage beim Herkunftsland. Liege nach vier Wochen von dort keine Antwort vor, werde dies als Zustimmung gewertet. Diese Wartezeit halte der DFB für hinnehmbar. Darüber hinaus müsse sich der DFB – wie andere Organisationen auch – darauf verlassen, dass wichtige grundsätzliche Fragen für die Beteiligung am Sport, z. B. Unfall- und Krankenversicherungsschutz, durch den Gesetzgeber geregelt seien. Dieses Risiko könne man nicht den Sportvereinen überlassen.

Was die Beteiligung von Mädchen und Jungen im Fußball angehe, gebe es zahlenmäßige Unterschiede. Als der DFB das Konzept „Soziale Integration von Mädchen durch Fußball“ gestartet habe, das mittlerweile in fast allen Bundesländern in sozialen Brennpunkten umgesetzt werde, sei man häufig dem Vorurteil begegnet, dass insbesondere Mädchen aus muslimischen Familien gar nicht Fußball spielen wollten. Eine Befragung unter Mädchen habe aber eine über 90-prozentige Zustimmung zum Fußballspielen erbracht. Wenn man dies mit einem Konzept zunächst einmal im geschützten Raum Schule ermögliche und die Eltern speziell adressiere, seien diese auch ein wenig beruhigter. Stellten sich die Mädchen dann als besonders gute und talentierte Fußballerinnen heraus, übten sie oft selber Druck auf ihre Eltern aus, im Verein Fußball spielen zu dürfen. Idealerweise werde den Mädchen dabei geholfen. Allerdings sei die Quote der Spielerinnen insgesamt noch nicht sehr hoch, wie man selbstkritisch feststellen müsse. Dies gelte sowohl für Mädchen mit als auch ohne Migrationshintergrund.



Indirekt angesprochen worden sei auch die Frage, ob die Höhe der Vereinsbeiträge die Teilhabe behindern könne. Dies sei nicht nur bei Migrantinnen und Migranten ein Thema, sondern auch bei sozial schwachen Gruppen. Dazu gebe es das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Die Realität im Fußball sei darüber hinaus so, dass der Jahresdurchschnittsbeitrag für Jugendliche in den Vereinen bei nur 30 Euro liege. In vielen Vereinen gebe es für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Elternhäusern zudem Sonderregelungen. In diesem Bereich sei der Fußball aus seiner Sicht gut aufgestellt.

Der Abgeordnete Steininger habe nach der Gewinnung von Jugendtrainern gefragt. Der DFB habe erstmals ein Werbekonzept für Vereine zur Gewinnung von Jugendtrainern aufgelegt, unabhängig davon welcher Herkunft sie seien. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen wisse man, dass die Ressourcen für bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Vereine lägen. Ehrenamtliche Mitarbeiter finde man in erster Linie unter den Sportlern selbst, wie vom Abgeordneten Steininger beschrieben, und nicht über Ehrenamtsagenturen. Die Forschung weise zudem darauf hin, dass je früher man Jugendliche anspreche, umso eher gelinge es, sie auch langfristig für die Übernahme von Aufgaben im Verein zu gewinnen. Aus Vereinsicht sei es ein strategisch konsequenter Schritt, auch Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund möglichst frühzeitig anzusprechen, um sie für die Übernahme von Aufgaben zu gewinnen. Deshalb sei der DFB auch mit dem Pilotprojekt „Projektwoche Schiedsrichterin/ Schiedsrichter“ an Schulen gegangen, was auf große Resonanz gestoßen sei. Auch die Jugend selbstverwaltung könne ein wichtiges Instrument sein, wenn sie von den Vereinen ernst genommen werde. Er selbst sei erster Jugendsprecher in seinem Verein gewesen, als diese Funktion in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden sei. Noch heute sei er ehrenamtlich engagiert und kenne einige andere, die über diesen Weg ihre Karriere beim DFB begonnen hätten. Spezielle Programme für Jugendliche mit Migrationshintergrund habe der DFB bisher nicht, auch nicht für Mädchen mit Migrationshintergrund. Es gebe auch keine separaten Trainerinnen-Programme, sondern gemeinsame Kurse mit männlichen Jugendlichen.

Herr **Kenan Küçük** (Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband) betont, dass Migrantinnen und Migranten nach seiner Ansicht genauso bürgerschaftlich engagiert seien wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Bundesweit gebe es mehrere tausend Migrantenvereine und -verbände. In Nordrhein-Westfalen allein existierten 2.400 Organisationen, die die unterschiedlichsten Bereiche abdeckten, angefangen von Glaubenseinrichtungen über soziale, kulturelle und studentische Initiativen bis hin zu Arbeitgeberverbänden und sogar Heimatvereinen. Gerade Letztere seien für ihn ein wichtiges Zeichen von Integration, was er gerade bei den Türkischstämmigen stark beobachte. Er schätze, dass 90 bis 95 Prozent der Migrantenorganisationen ehrenamtlich geführt würden. Gleichzeitig gebe es eine höhere Erwartung in der Gesellschaft, dass diese Organisationen trotzdem professionell arbeiteten. Dies gehe jedoch nicht ohne hauptamtliche Unterstützung, die in den allermeisten Migrantenorganisationen jedoch nicht vorhanden sei. Deshalb könnten sie die Förderstrukturen, die theoretisch offen für alle seien, oft nicht nutzen. Denn die Antragstellung und die korrekte Verwaltung von Fördergeldern verlangten ein strukturiertes Vorgehen. Davon seien viele Migrantenorganisationen aber noch weit entfernt. Er wolle ein Beispiel nennen aus seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Multikulturellen Forums in Lünen. Dort führe man sehr viele europäische Projekte durch, wo man zunächst sehr lange Anträge schreiben müsse, bevor man den Zuschlag erteilt bekomme. Wenn man erfolgreich sei und das Projekt am 1. Januar starte, sei es oft so, dass das erste Geld erst nach einem halben Jahr fließe. Die meisten Migrantenorganisationen seien jedoch nicht in der Lage, solche Vorleistungen zu tragen, weil sie hierfür weder die notwendigen Strukturen hätten noch die notwendigen Rücklagen bilden könnten. Bei Bundesprogrammen liege der Fall ähnlich. Auch hier müssten die Träger häufig in Vorleistung gehen. Insofern stünden Migrantenorganisationen zwar grundsätzlich alle Fördertöpfe offen, in der Praxis mangle es aber an hauptamtlichem Personal, um diese nutzen zu können. Deshalb sei es wichtig und notwendig, Programme für diese Zielgruppe zu öffnen und die Voraussetzungen und Modalitäten entsprechend zu gestalten. Beim Paritätischen Wohlfahrtsverband habe man rund 180.000 Euro für Projekte von Migrantenorganisa-



tionen zur Verfügung. Häufig erhalte man hierfür jedoch Anträge, die zwar inhaltlich förderfähig seien, wo es aber an den sonstigen Voraussetzungen fehle. Migrantenorganisationen würde also nicht diskriminiert, sondern es mangle ihnen oft an Strukturen, um die vorhandenen Möglichkeiten wahrnehmen zu können.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) merkt an, dass dies auch für viele kleinere deutsche Initiativen und Gruppen gelte. Auch diese hätten oft Schwierigkeit dabei, Anträge auszufüllen und Gelder adäquat zu verwalten. Dies sei ein grundsätzliches Problem, dem man sich widmen müsse. Nach Möglichkeit sollte es in den Kommunen jemanden geben, der sich um solche Fragen kümmere und die Vereine unterstütze. Denn solche Probleme könnten ehrenamtliches Engagement lähmen.

Herr **Kenan Küçük** (Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband) gibt der Abgeordneten Pahlmann grundsätzlich Recht. Aber es gebe natürlich auch die großen Wohlfahrtsverbände, wie z. B. die Arbeiterwohlfahrt oder den Deutschen Caritasverband, die ihre Strukturen über viele Jahrzehnte aufgebaut hätten. Migrantenorganisationen müssten solche Strukturen jedoch erst entwickeln. Für diesen Übergang sei eine Unterstützung notwendig. Das Multikulturelle Forum biete seinen Mitgliedsorganisationen hierzu Qualifizierungsangebote an.

Was die Frage nach den Russlanddeutschen angehe, könne er sagen, dass diese im Paritätischen sehr aktiv seien. Auf Landes- und Bundesebene würden immer mehr russischsprachige Vereine gegründet. Ein russischsprachiges Elternnetzwerk gehöre auch zu den zehn bundesweiten Migrantorganisationen, die seit einigen Monaten eine Strukturförderung erhielten. Darunter seien Organisationen, die bereits seit einigen Jahren professionelle Strukturen aufgebaut hätten und einige, die damit gerade erst begonnen hätten, wobei es wahrscheinlich das Ziel gewesen sei, ein möglichst breites Spektrum zu berücksichtigen. In den nächsten drei Jahren hätten diese zehn geförderten Organisationen die Möglichkeit, sich und ihre Fähigkeiten zu beweisen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es noch zu früh für ein Zwischenfazit. Wenn

eine solche Strukturförderung auf der Bundesebene funktioniere, könnte dies auch ein Beispiel für die Landes- und die kommunale Ebene sein.

Frau **Dr. Cornelia Schu** (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) weist hinsichtlich der Frage des Abgeordneten Dr. Diaby, ob das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten im Freiwilligen survey angemessen erfasst werde, darauf hin, dass die Daten nur eine Tendenz angäben, da die Zuwanderer in der Stichprobe unterrepräsentiert seien. Dies sei ein grundsätzliches Problem, das man bei fast allen Statistiken und Datenerhebungen feststellen könne. Es betreffe auch die angesprochene Frage der parlamentarischen Repräsentation von Migrantinnen und Migranten. Da die Daten hierzu nicht einheitlich erfasst würden, ergäben sich hieraus gewisse Unschärfen, die es erschwerten, zu wissenschaftlich validen Ergebnissen zu gelangen. Im Prinzip wäre es oft notwendig, erst einmal mit einer eigenen Erhebung die Datenbasis zu validieren, um präzise Aussagen in diesem Bereich treffen zu können, was natürlich sehr teuer sei. Daher arbeite man mit diesen Behelfszahlen. Diese spiegelten Tendenzen wider, die sich auch interpretieren ließen. Allerdings sei die Belastbarkeit der Aussagen dadurch eingeschränkt. Es brauche zudem noch mehr gute qualitative Forschung. Insgesamt wäre es sehr hilfreich, wenn die entsprechenden Finanzmittel im Bereich der Forschung aufgestockt würden.

Die Abgeordnete Schulz-Asche habe nach den Spätaussiedlern gefragt, die in der erweiterten Definition des Migrationshintergrundes als Gruppe wieder enthalten seien und dadurch in den Statistiken wieder auftauchten, was nicht unumstritten gewesen sei. Zum ehrenamtlichen Engagement dieser Gruppe könne sie leider nichts sagen. Sie wolle nicht ausschließen, dass es hierzu Forschungsergebnisse gebe, die ihr nicht bekannt seien. Sie wolle dies aber gerne im Nachgang zur Sitzung noch einmal recherchieren.

Die Abgeordnete Schulz-Asche habe sich auch danach erkundigt, ob man den Zusammenhang von Ehrenamtsquote und sozialer Herkunft auch auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragen



könne. Dieser Zusammenhang bestehe bei Migrantinnen und Migranten in der Tat ebenfalls. Je höher der sozioökonomische Status und das Bildungsniveau seien, desto größer seien tendenziell auch die Bereitschaft und das tatsächliche Engagement. In dem Moment, wo man Bildung und Einkommen als Faktoren berücksichtige, glichen sich die Unterschiede beim Engagement zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nahezu an.

Der Abgeordnete Steininger habe danach gefragt, was die geforderte Aktivierung bei der öffentlichen Unterstützung konkret bedeute. Dies hänge vor allem davon ab, ob es um die Einbindung von Migrantinnenorganisationen oder um eine bessere Partizipation von Individuen gehe. Wenn man Migrantinnenorganisationen besser einbinden wolle, sei es wichtig, worauf Herr Küçük bereits hingewiesen habe, in den Förderrichtlinien Möglichkeiten zu eröffnen, damit sich diese an Programmen überhaupt beteiligen könnten. Hier gebe es einfach strukturelle Probleme. Neben den fehlenden hauptamtlichen Strukturen seien dies vor allem auch die fehlenden Informationsstrukturen. Soweit sie wisse, gebe es die Idee bei ESF-Programmen, eine Unterstützungs- und Empowermentstruktur aufzubauen, um Organisationen in einer bestimmten Kommune oder Region zu beraten. Das halte sie für einen sinnvollen Ansatz, der strukturell wirksam sei und mehrere Gruppen inklusive Migrantinnenorganisationen erfassen könne.

Was anderes sei es, Individuen zum Engagement zu ermuntern. Hier seien Information und Ansprache wesentliche Faktoren. Ansprache schließe auch das Thema „Sprache“ mit ein. Zudem müsse man darüber nachdenken, welche Informationskanäle zur Aktivierung und Ansprache geeignet seien. Dazu könne gehören, Informationen auch in Fremdsprachen bereitzustellen oder Migrantinnenorganisationen als Multiplikatoren und Ansprechpartner zu nutzen. Dies sei leichter gesagt als getan, da man Angebote genau auf die Zielgruppe zuschneiden müsse. Eine andere Option sei, die interkulturelle Öffnung über eine Veränderung der Personalstruktur voranzutreiben. Ein Instrument sei dabei, bei Bewerbungsverfahren auf Namens- und Altersangaben zu verzichten, um diskriminierende Faktoren im Auswahlverfahren von vornherein zu minimieren.

Die Abgeordnete Zollner habe sich nach der Datenbasis für die parlamentarische Repräsentation von Migrantinnen und Migranten erkundigt. In der Legende der Grafik sei die Vielzahl der Quellen aufgeführt, die man benutzt habe, um auch nur annäherungsweise zu einem Ergebnis zu gelangen. Dadurch könne es an der einen oder anderen Stelle zu Ungenauigkeiten und Fehlern kommen. Die Abgeordnete Dr. Hein habe danach gefragt, ob es Erkenntnisse über das Engagement differenziert nach verschiedenen Herkunftsländern gebe. Eine übergreifende Studie hierzu sei ihr nicht bekannt. Für die großen Herkunftsgruppen seien mittlerweile Forschungsergebnisse zu finden. Für kleinere Herkunftsgruppen sei dies in der Regel nicht der Fall.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) weist darauf hin, dass ihre Frage, ob sich Migrantinnen und Migranten von den bestehenden Engagementangeboten einheimischer Organisationen überhaupt angesprochen fühlten oder ob es hierfür spezielle Konzepte geben müsse, von Herrn Küçük noch nicht beantwortet sei. Ihre ergänzende Frage sei zudem, ob es notwendig sei, die Hauptamtlichen in den Vereinen besonders zu schulen, damit sie entsprechende Angebote entwickeln könnten.

Herr **Kenan Küçük** (Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband) antwortet, dass Migrantinnen und Migranten in ihrem eigenen Milieu sowieso bereits aktiv und engagiert seien. Ein wichtiger Punkt sei aus seiner Sicht, wie Migrantinnen und Migranten stärker für das klassische Ehrenamt, z. B. bei der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Technischen Hilfswerk, gewonnen werden könnten. Dies gelinge bisher kaum. In Nordrhein-Westfalen habe man dies im Rahmen eines Projektes versucht und habe damit keinen Erfolg gehabt. Dies könne auch damit zu tun haben, dass bei Migrantinnen und Migranten zu wenig bekannt sei, dass die Feuerwehr in Deutschland überwiegend ehrenamtlich organisiert sei. Dies habe er, obwohl er bereits viele Jahre in Deutschland lebe, lange Zeit selber nicht gewusst, da es in der Türkei nur Berufsfeuerwehrlaute gebe. Hier fehle es oft noch an Wissen und Information. Zudem müssten sich beide Seiten bewegen und öffnen. Wenn sich Migrantinnen und Migranten stärker bei der Freiwilligen Feuerwehr



engagieren sollten, müssten sie sich dort auch wohl und eingeladen fühlen. Umgekehrt müsste den hier lebenden Migrantinnen und Migranten noch deutlicher gemacht werden, dass es oft Ehrenamtliche seien, die kämen und Hilfe leisteten, wenn man die Notrufnummer wähle. Dies sei wichtig, um vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des steigenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund noch genügend Nachwuchskräfte in den Hilfsorganisationen gewinnen zu können.

Abg. **Sylvia Pantel** (CDU/CSU) betont, dass auch viele Deutsche nicht wüssten, dass Feuerwehr und THW primär ehrenamtlich organisiert seien. Dass sich Vereine und Organisationen stärker um ehrenamtlichen Nachwuchs kümmern müssten, hänge nicht nur mit dem steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zusammen, sondern damit, dass es auch an Nachwuchs unter deutschen Jugendlichen mangle. Sie wolle auch darauf hinweisen, dass in Nordrhein-Westfalen den Ausländerbeiräten Mittel zur Verfügung gestellt würden, um Angebote zu schaffen, die Migrantinnenorganisationen beim Ausfüllen von Anträgen unterstützten. Ob dies auch in anderen Bundesländern der Fall sei, könne sie nicht sagen. Man dürfe es zudem mit der speziellen Ansprache von Migrantinnen und Migranten auch nicht übertreiben. Sie kenne z. B. welche, die sich hier sehr wohl fühlten und Wert darauf legten, dass sie Deutsche seien und daher nicht ständig auf ihre andere Herkunft angesprochen werden wollten. Sie finde, der Fußball sei ein schönes Beispiel dafür, wo Integration einfach stattfinde und wo es nicht wichtig sei, wo man herkomme und welchen Migrationshintergrund man habe.

Herr **Kenan Küçük** (Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband) erklärt, er könne den Hinweis der Abgeordneten Pantel, dass Menschen nicht unbedingt immer auf ihren Migrationshintergrund angesprochen werden wollten, nachvollziehen. Es geschehe aber in der Tat häufig. Er habe sich neulich mit einem älteren Herrn im Schwimmbad unterhalten. Der ältere Herr habe ihn darauf angesprochen, dass er wohl nicht aus dieser Stadt komme. Er habe ihm geantwortet: „Nein, ich komme aus Lünen“. Das habe der Mann jedoch nicht akzeptieren wollen und sei erst zufrieden gewesen, als er aufgegeben und gesagt habe, er komme aus der Türkei. Die angesprochenen Ausländerbeiräte halte er für ein eher altmodisches, für die Integrationsarbeit eher hinderliches Gremium. Hier sollten bessere Wege der Partizipation gefunden werden. Er denke z. B. an die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer.

Frau **Gudrun Scheithauer** (BMFSFJ) weist darauf hin, dass sie die von der Abgeordneten Zollner erbetene Information zur Sonderauswertung des Freiwilligensurveys für den Sportbereich nachreichen werde.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre Beiträge und wünscht ihnen einen guten Heimweg.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 19:03 Uhr

Willi Brase, MdB
Vorsitzender

Interkulturelle Öffnung von Organisationen Theorie und praktische Umsetzung

Deutscher Bundestag, Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Dr. Cornelia Schu | 15. Oktober 2014 | Berlin

Eine Initiative von:
Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung,
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland

Agenda

1. der Sachverständigenrat (SVR)

2. Bevölkerungsentwicklung: Abschied von der alten Mehrheit
3. Integration = gleichberechtigte Teilhabe
4. Interkulturelle Öffnung als Strategie
5. Gradmesser der Interkulturellen Öffnung: Institutionen im Rampenlicht
6. Blick in die Realität: bürgerschaftliches Engagement von Migranten

Der Sachverständigenrat (gegr. 2008) betreibt wissenschaftliche Politikberatung auf Basis eigener Forschung.

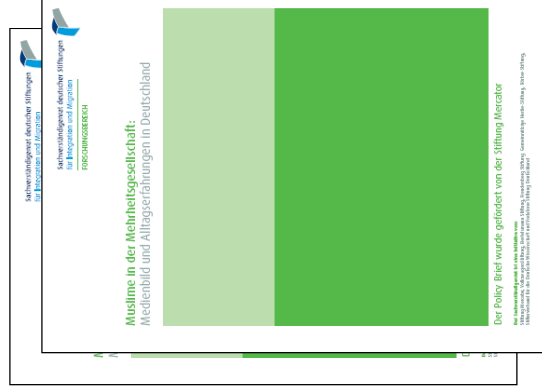
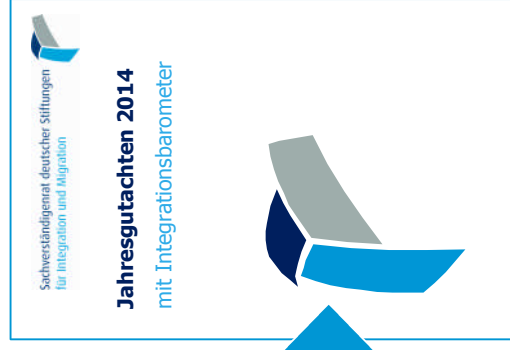
STIFTUNGEN

- aus der **Zivilgesellschaft** heraus gegründet
- rein **wissenschaftlich**, politisch unabhängig
- 9 Professoren aus **unterschiedlichen Disziplinen** und Forschungsbereichen
- **eigenständiger Forschungsbereich** für anwendungsorientierte Projekte

Geschäftsstelle im Herzen Berlins

Organisation von Konferenzen

aktive Öffentlichkeitsarbeit



Agenda

1. der Sachverständigenrat (SVR)

2. **Bevölkerungsentwicklung: Abschied von der alten Mehrheit**

3. Integration = gleichberechtigte Teilhabe

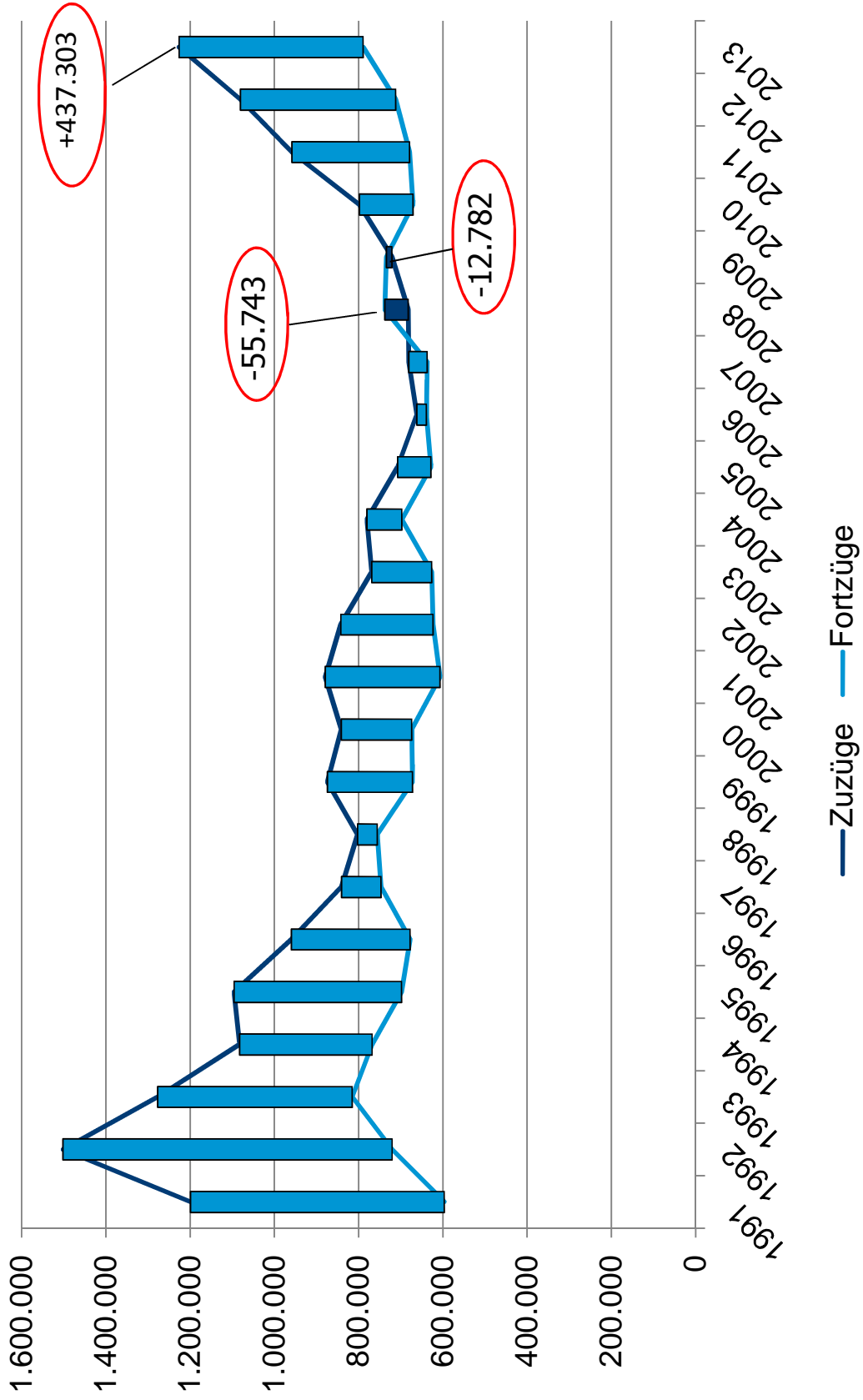
4. Interkulturelle Öffnung als Strategie

5. Gradmesser der Interkulturellen Öffnung: Institutionen im Rampenlicht

6. Blick in die Realität: bürgerschaftliches Engagement von Migranten

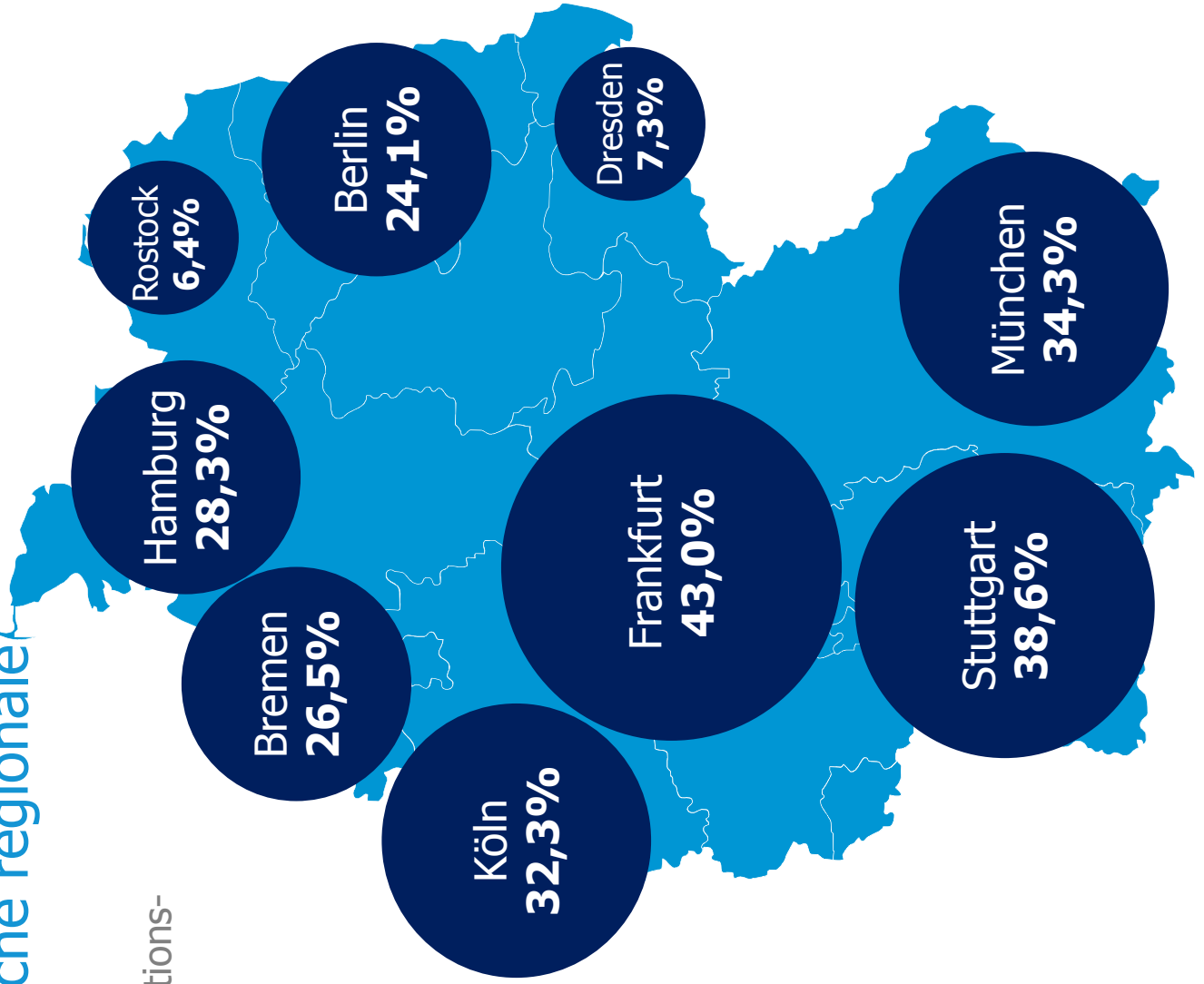
Deutschland ist (wieder) ein Einwanderungsland.

Zu- und Fortzüge (gesamt) mit Wanderungssalden, 1991-2013

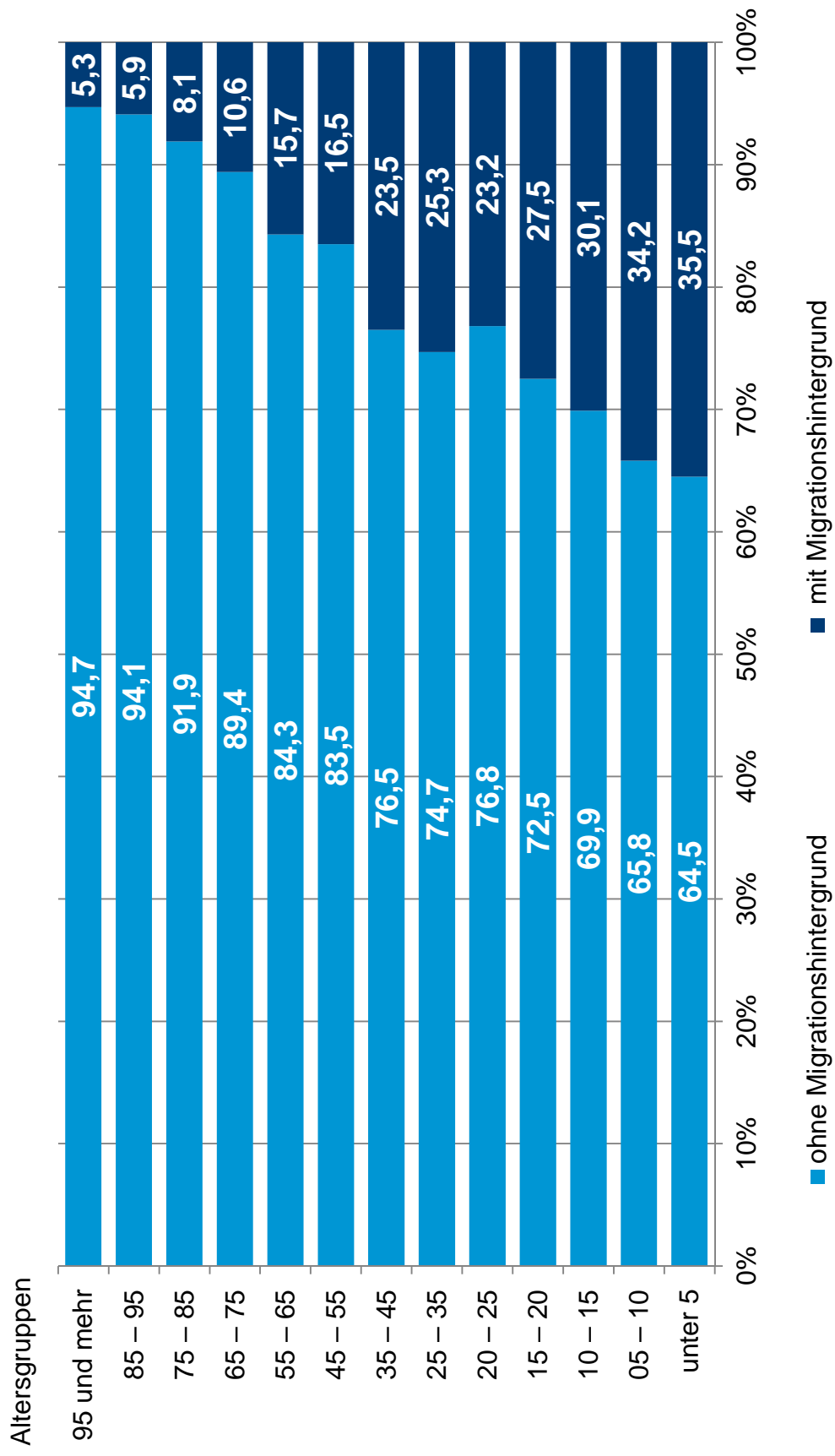


Unterschiedliche regionale Verteilung

Personen mit Migrationshintergrund, 2011

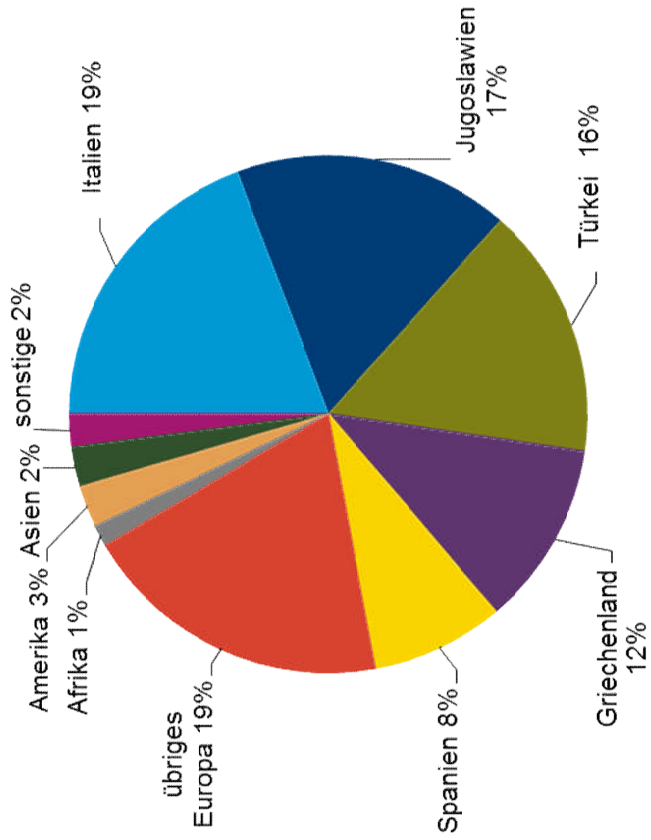


Anteil der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund nach Altersklassen 2012.

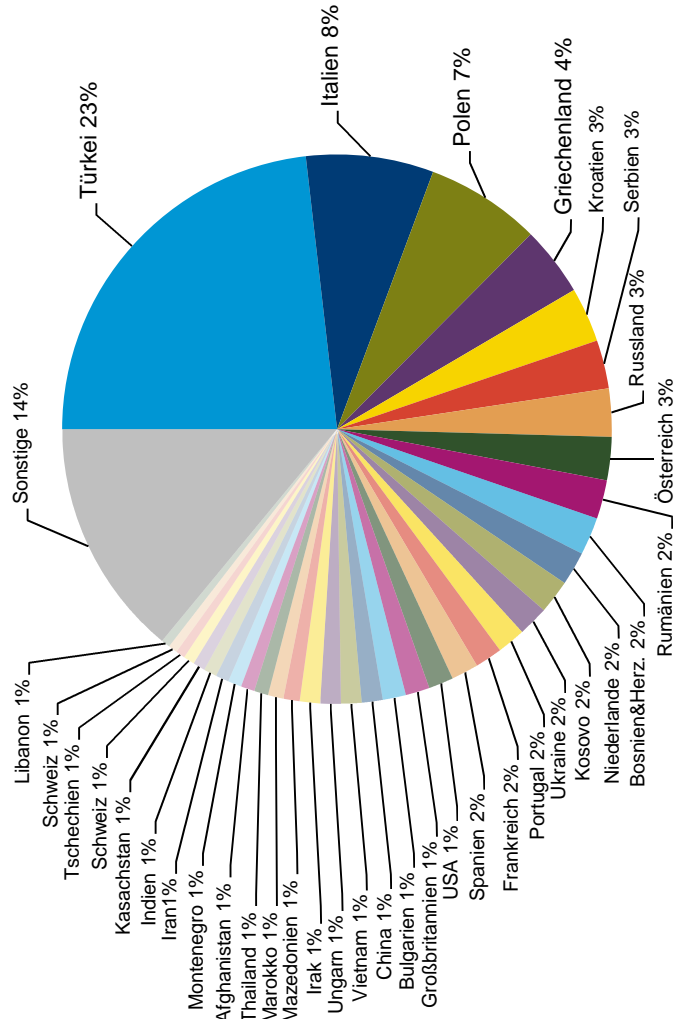


Die Bevölkerung wird immer vielfältiger; große Herkunftsgruppen nehmen ab, Minigruppen dagegen zu.

1970



2011



Agenda

1. der Sachverständigenrat (SVR)
2. Bevölkerungsentwicklung: Abschied von der alten Mehrheit
- 3. Integration = gleichberechtigte Teilhabe**
4. Interkulturelle Öffnung als Strategie
5. Gradmesser der Interkulturellen Öffnung: Institutionen im Rampenlicht
6. Blick in die Realität: bürgerschaftliches Engagement von Migranten

Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller an zentralen gesellschaftlichen Bereichen.

Integration als Eröffnung von Teilhabechancen

Sowohl-als-auch-Modell		Teilhabe an anderen kulturellen Gruppen bzw. Gesamtgesellschaft	
		JA	NEIN
Teilhabe an kultureller Identität der Herkunftsgruppe	JA	Integration	Separation
	NEIN	Assimilation	Marginalisierung

Agenda

1. der Sachverständigenrat (SVR)
2. Bevölkerungsentwicklung: Abschied von der alten Mehrheit
3. Integration = gleichberechtigte Teilhabe
- 4. Interkulturelle Öffnung als Strategie**
5. Gradmesser der Interkulturellen Öffnung: Institutionen im Rampenlicht
6. Blick in die Realität: bürgerschaftliches Engagement von Migranten

Was bedeutet Interkulturelle Öffnung?

„*Interkulturelle Öffnung wird verstanden als ein bewusst gestalteter Prozess, der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht, wodurch Zugangsbarrieren und Abgrenzungsmechanismen in den zu öffnenden Organisationen abgebaut werden und Anerkennung ermöglicht wird.*“

Voraussetzung der IKÖ ist die Analyse aller bestehenden Zugangsbarrieren der eigenen Organisation.

Barrieren der Personen mit Migrationshintergrund:

- eigene Diskriminierungserfahrung
- strukturelle Diskriminierungen
- Sprache
- fehlende Informationen
- kulturell geprägte Interpretationsmuster der Klientel
- Stolz, Zurückhaltung, Skepsis, Leidenbereitschaft
- spezialisierte Zuständigkeiten
- Ängste vor ausländerrechtlichen Folgen

Barrieren der Personen ohne Migrationshintergrund:

- Vorurteile und Missverständnisse
- Stereotypisierungen und Kulturalisierungen
- Fremdheitsängste und Verunsicherung
- fehlende interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Gleichbehandlung von Ungleichem
- Überforderungsgefühl und Kompetenzverlustängste
- Sich-nicht-zuständig-Fühlen
- Beharren auf Routinen

Die Ziele der IKÖ sind breit gefächert und zu einem anerkanntem Paradigma geworden.

Interkulturelle Öffnung

- Einlösen des Gleichbehandlungs- und Gerechtigkeitspostulats des GG
- kritische Reflexion des Machtgefälles zwischen Organisation und Individuum
- Etablierung einer interkulturellen Orientierung als Querschnittsaufgabe
- Abkehr von Defizitorientierung hin zum Empowerment-Ansatz
- Steigerung von Effektivität und Effizienz durch interkulturelle Orientierung
- Abbau bestehender Zugangsbarrieren, Verhinderung von Ethnisierung
- Vermittlung interkultureller Kompetenz
- Initiierung (selbst-)reflexiver Lern- und Veränderungsprozesse bei Individuen, Gruppen und Organisationen

Agenda

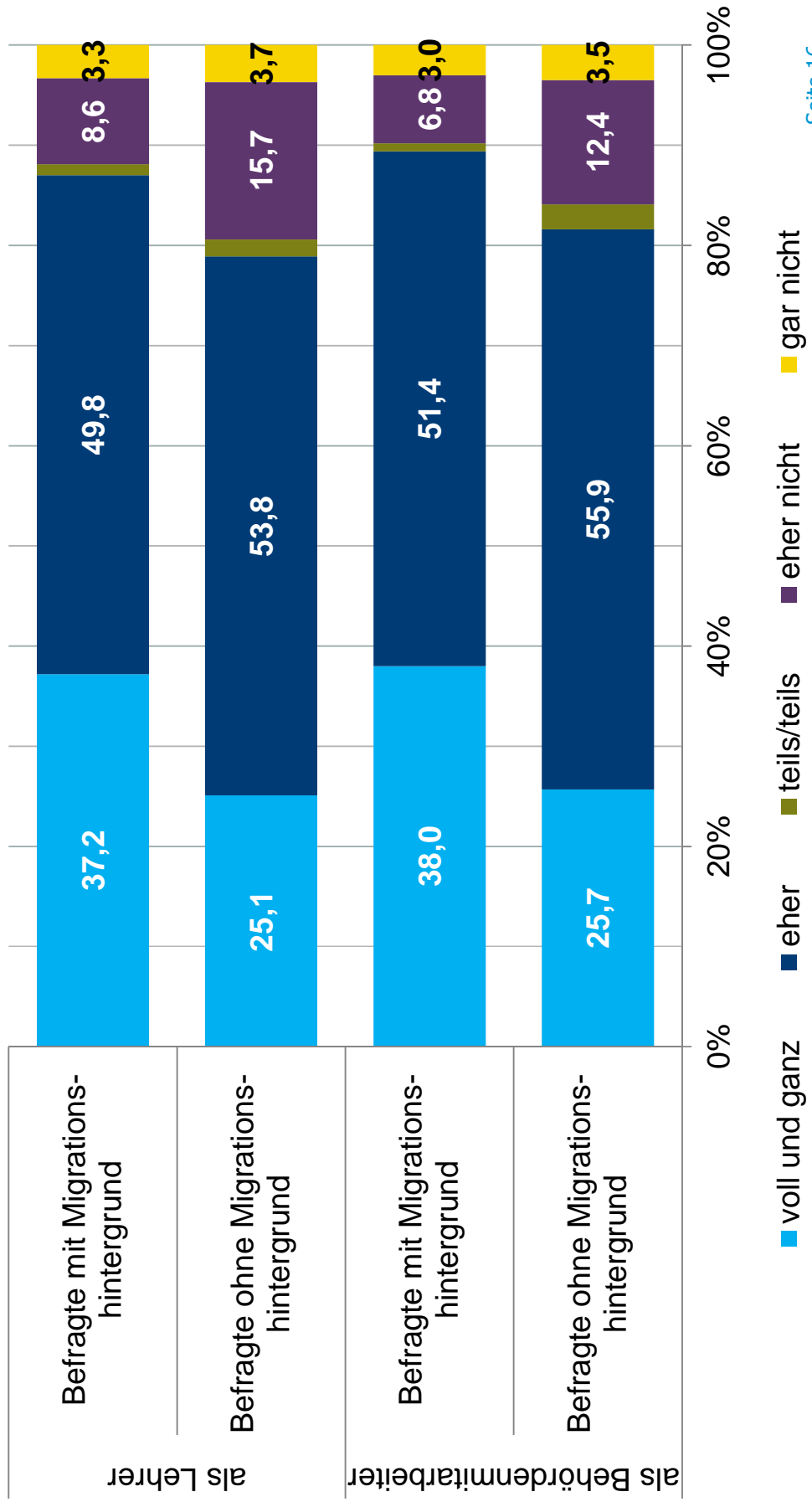
1. der Sachverständigenrat (SVR)
2. Bevölkerungsentwicklung: Abschied von der alten Mehrheit
3. Integration: chancengleiche Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen
4. Interkulturelle Öffnung als Strategie

5. Gradmesser der Interkulturellen Öffnung: Institutionen im Rampenlicht

6. Blick in die Realität: bürgerschaftliches Engagement von Migranten

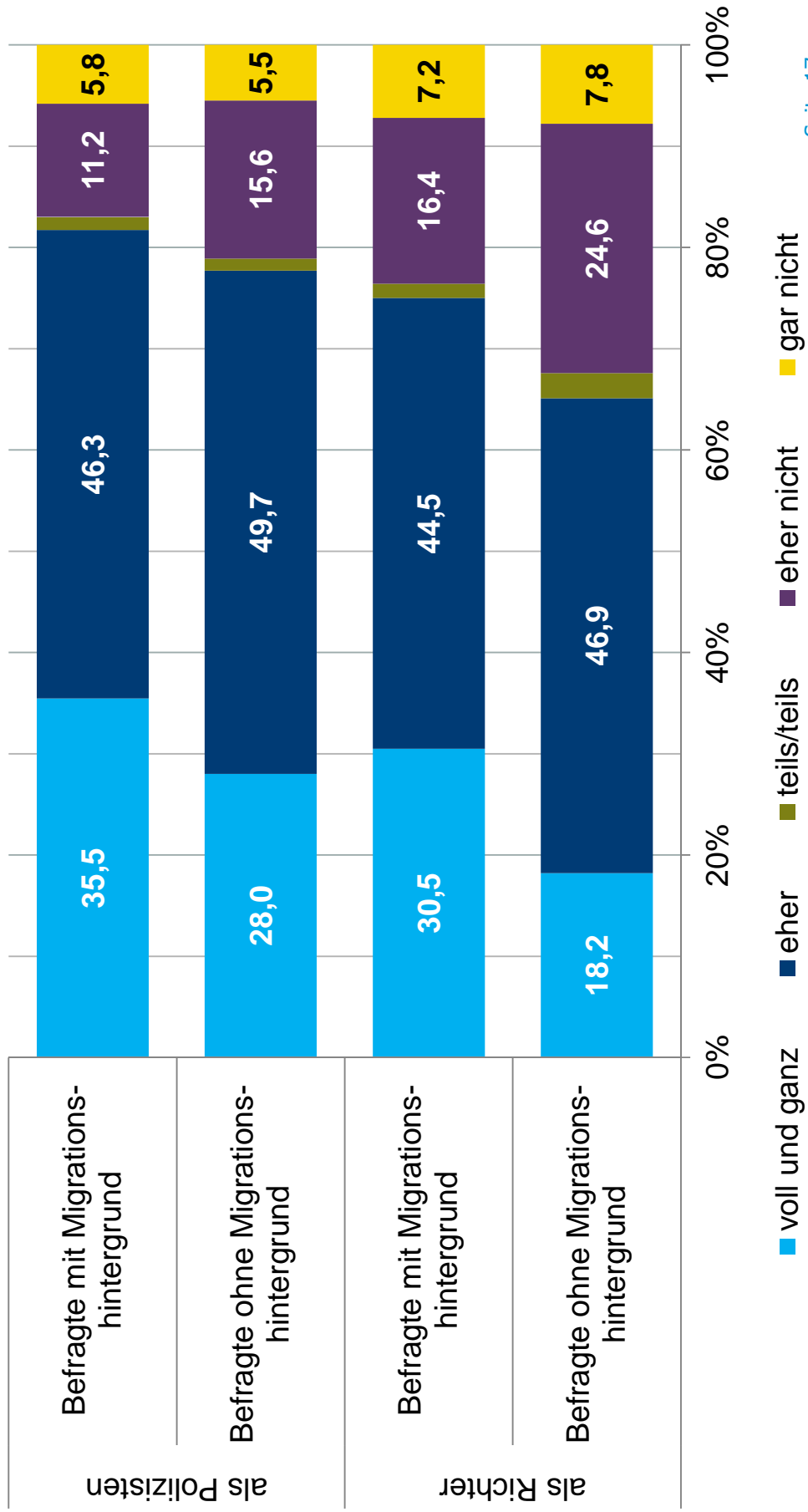
Aus dem Integrationsbarometer 2014: mehrheitliche Zustimmung zur interkulturellen Öffnung von Berufen.

Zustimmung, dass in verschiedenen Berufsgruppen mehr Zuwanderer eingestellt werden sollten



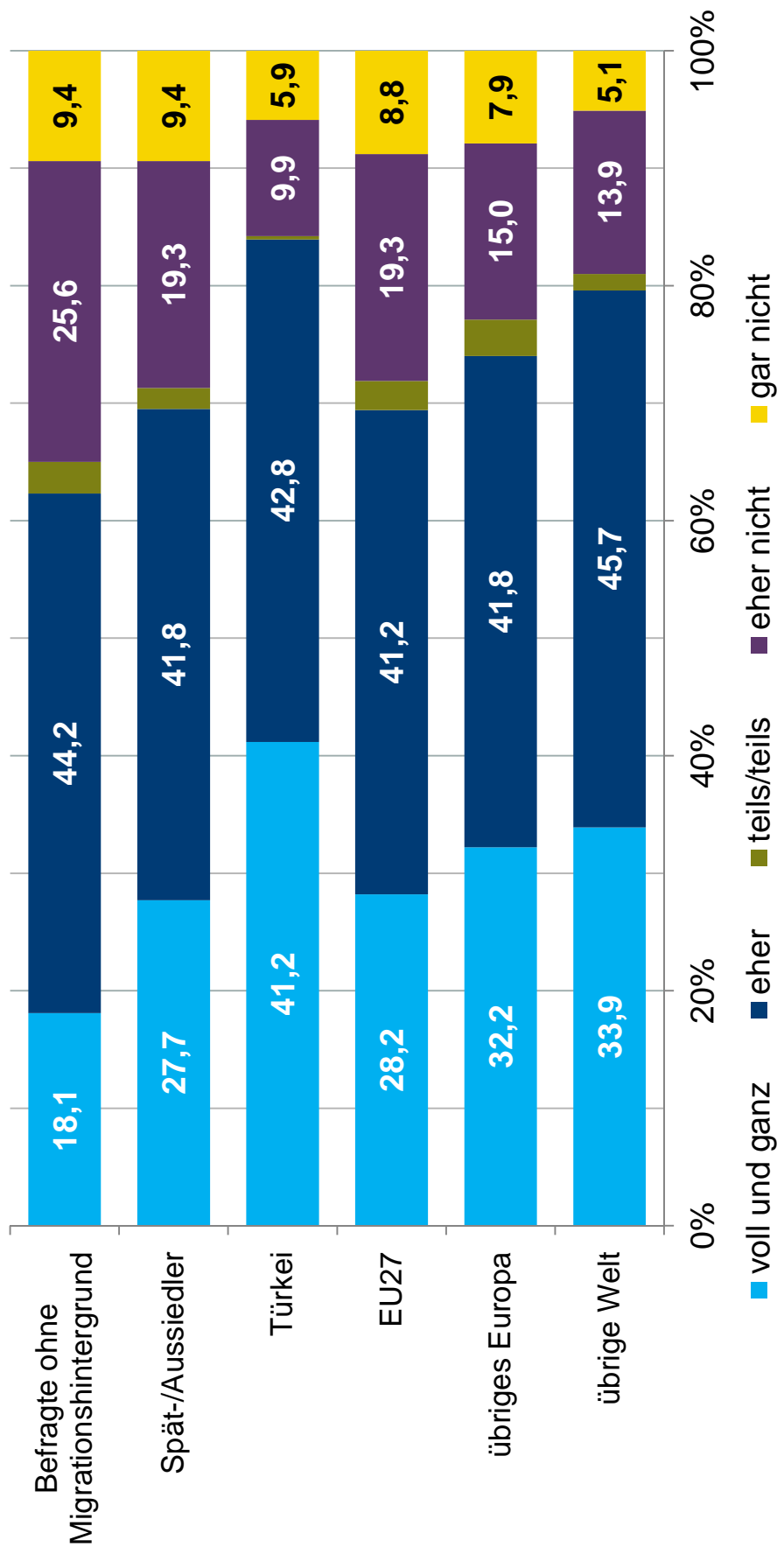
Aus dem Integrationsbarometer 2014: mehrheitliche Zustimmung zur interkulturellen Öffnung von Berufen.

Zustimmung, dass in verschiedenen Berufsgruppen mehr Zuwanderer eingestellt werden sollten



Aus dem Integrationsbarometer 2014: Wunsch nach mehr Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Bundestag.

Zustimmung, dass mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Bundestag vertreten sein sollten, nach Herkunftsgruppen der Befragten



Parlamentarische Repräsentation: Ergebnisse der 17. und 18. Legislaturperiode im Vergleich.

Parteien	Bundestag (seit Sept. 2013)		Bundestag (2009-2013)	
	Abgeordnete insgesamt	Abgeordnete mit Mig.hint.	Abgeordnete insgesamt	Abgeordnete mit Mig.hint.
CDU	255	8	194	2
CSU	56	1	45	-
SPD	192	12	146	4
Linke	64	7	76	7
Grüne	63	7	68	7
FDP	-	-	93	1
gesamt	630	35	622	21

5,6 %

3,4 %

Quellen: Bundeswahlleiter; Mediendienst Integration; MAIS-NRW; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Statistisches Bundesamt; SVR; eigene Berechnung und Zusammenstellung

Agenda

1. der Sachverständigenrat (SVR)
2. Bevölkerungsentwicklung: Abschied von der alten Mehrheit
3. Integration = gleichberechtigte Teilhabe
4. Interkulturelle Öffnung als Strategie
5. Gradmesser der Interkulturellen Öffnung: Institutionen im Rampenlicht

6. Blick in die Realität: bürgerschaftliches Engagement von Migranten

Bürgerschaftliches Engagement von Migranten ist noch wenig erforscht; die Bundesfreiwilligensurveys geben Aufschlüsse.

- ❖ **Bundesfreiwilligensurveys 2004 und 2009** (*Zuwanderer unterrepräsentiert*)
- ❖ Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich tendenziell weniger (Engagementquote 23%) als Personen ohne Migrationshintergrund (36%)
- ❖ Unterschiede lösen sich auf, wenn Faktoren wie Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Qualifikation, Einkommen berücksichtigt werden
- ❖ Unterschiede verschwinden zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der zweiten Generation, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben
- ❖ Positiver Zusammenhang zwischen Aufenthaltsdauer und Engagement

„Lücke“ zwischen hoher Bereitschaft und tatsächlichem Engagement

=> Potenzial gilt es zu erschließen

=> Aktivierung bedarf der besonderen öffentlichen Unterstützung

Engagement von Migranten findet oft innerhalb von Migrantenorganisationen (MO) statt.

- ❖ Genaue Zahl von MO ist nicht bekannt (10.000-20.000)
- ❖ Keine anerkannte Definition; Pries (2010): Organisationen, „die in einem ganz erheblichen Ausmaß aus Migranten zusammengesetzt sind und die sich mit migrantenrelevanten Themen und Aufgaben beschäftigen“
- ❖ Meist herkunftshomogene Zusammensetzung (Ausnahme: muslimische Vereine)
- ❖ Tendenziell verlieren herkunftshomogene Organisationen an Bedeutung gegenüber herkunftsheterogenen und transethnischen Organisationen, die die Interessen besser vertreten können
- ❖ Kontroverse: Sind Migrantenvereine integrationshemmend oder –fördernd?
- ❖ Teilweise nun Paradigmenwechsel: MO werden als Dialog- oder Ansprechpartner anerkannt; großes Potenzial für Engagement

Beispiel: Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege (gegr. 2014)



Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung,
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland

Das SVR-Integrationsbarometer: Methodisches Vorgehen

- telefonische Befragung im Sommer 2013 in 5 Großregionen (Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main, Berlin-Brandenburg, Halle-Leipzig)
- Befragte: 1.431 ohne Migrationshintergrund, 4.228 mit Migrationshintergrund (gesamt: 5.659)
- Überrepräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ermöglicht Aussagen zu einzelnen Herkunftgruppen
- wird durch Gewichtungsfaktoren an reale Bevölkerungsverhältnisse angepasst (repräsentative Auswertung)
- Zufallsauswahl
- mehrsprachige Befragung



Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"

UA-Drs. 18/017

Deutscher Fußball-Bund Bürgerschaftliches Engagement und Integration



UNSERE AMATEURE.
ECHTE PROFIS.

Agenda

1. **Nachhaltigkeit**
2. Integrationsförderung
3. Bürgerschaftliches Engagement
von Migranten



UNSERE AMATEURE.
ECHTE PROFIS.

Nachhaltigkeits-Strategie:

- **Kerngeschäft**
- **Wertorientierter Fußball**
- **Unterstützung Gesellschaft**
- **Wohltätigkeit**



Umsetzung der NH-Strategie

0,1 %

4,9 %

95,0 %

Agenda

1. Nachhaltigkeit
2. Integrationsförderung
3. Bürgerschaftliches Engagement von Migranten



UNSERE AMATEURE.
ECHTE PROFIS.

Integrationsförderung

Strategie

Fußball-Entwicklungsplan 2007

Integrationskonzept 2008

LV-Integrationsbotschafter 2009

Nachhaltigkeitskonzept 2010

Leuchttürme

Soziale Integration von Mädchen ab 2006

DFB-Mercedes-Benz Integrationspreis ab 2007

TV-Spot: Eltern der Nationalspieler ab 2008

Integrationsbotschafter ab 2009

Integrationsförderung

Maßnahmen

- Kooperation mit Bundesagentur für Arbeit
- Kommunikation: Integration fängt bei mir an, Handbuch für Vereine, Integration A – Z, Aktionstag 1000 Mini-Spielfelder, DFB-Mobil
- Änderung der DFB-Ausbildungsordnung, JC

Herausforderungen

- 165.000 Mannschaften – 165.000 Trainer
- Beteiligung Mädchen
- Zuverlässige Daten / Handlungswissen
- **Bürgerschaftliches Engagement Migranten**

Integrationsförderung



„Vielen Dank, dass der DFB so etwas macht.“

Sicher kann der DFB in Frankfurt nicht alle unsere Probleme an der Basis lösen, aber er kann uns durch so eine Kampagne das Leben leichter machen“.

Carl Bekoe
SC Norderstedt

Agenda

1. Nachhaltigkeit
2. Integrationsförderung
3. **Bürgerschaftliches Engagement
von Migranten**



UNSERE AMATEURE.
ECHTE PROFIS.

Bürgerschaftliches Engagement von Migranten

Ergebnisse Sportentwicklungsbericht

Migranten in Fußballvereinen	20,3%
Migranten in Mehrspartenvereinen	12,7%
Migranten in anderen Vereinen	8,8%
Ehrenamtl. Migranten in FV	7,2%
Ehrenamtl. Migranten in MSV	2,2%
Ehrenamtl. Migranten in aV	1,9%

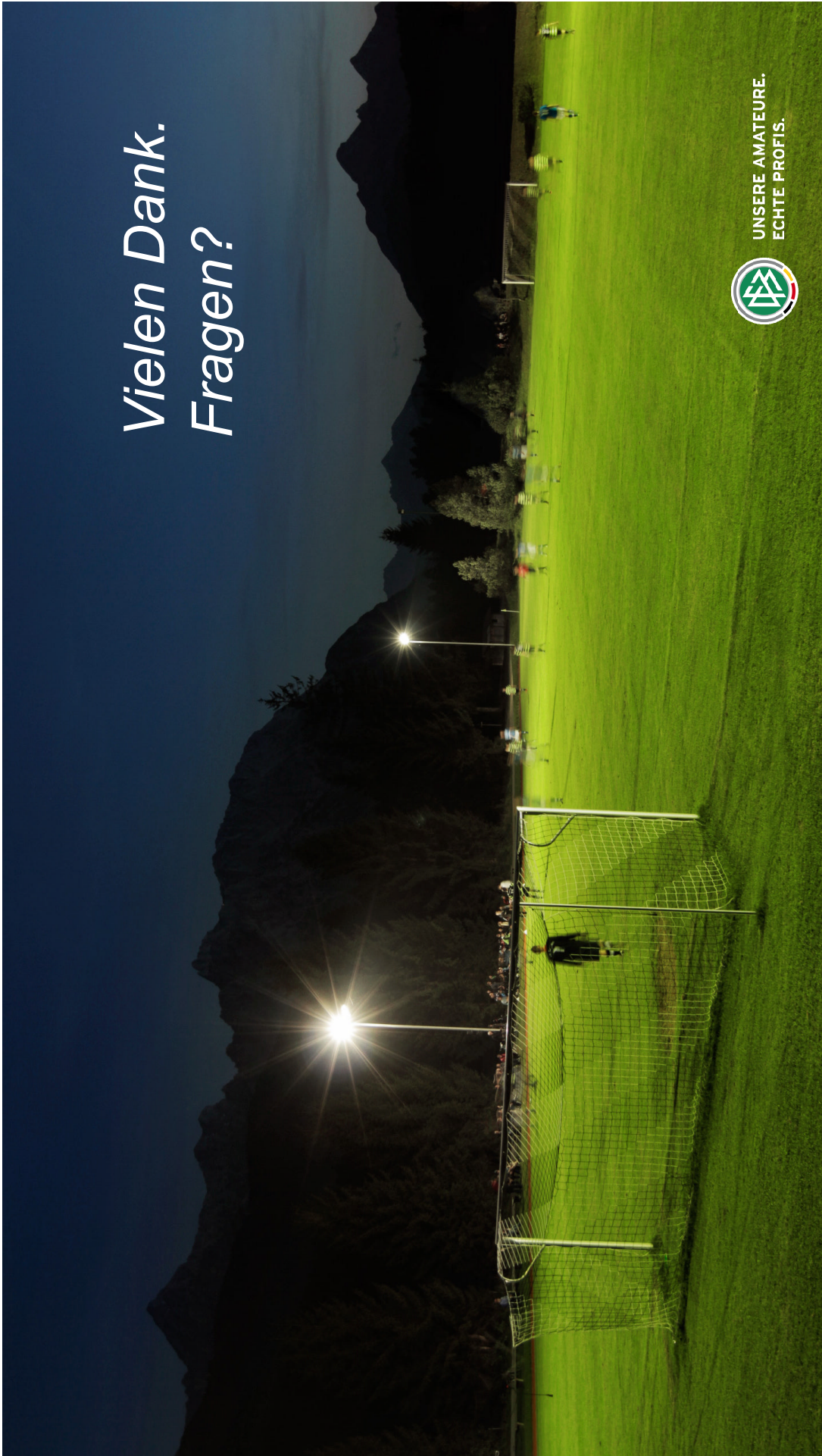
Quelle: Sportentwicklungsbericht 2007/08

Interkulturelle Öffnung Fußballvereine

Zielgruppen

Spieler/Spielerinnen
Trainer/Schiedsrichter
Vereins-Management
Investoren
Interessierte

*Vielen Dank.
Fragen?*



UNSERE AMATEURE.
ECHTE PROFIS.